

UN1A

WERKSCHAFT.

work

Pussy-Power: Jetzt sieht auch die Schweiz pink. Seiten 4–5

Bravo Schweiz!

Beat Feuz
Weltmeister.
Volk bodigt
Steuerbschiss.
Was für ein
Sonntag!

- Die Analyse
 - Die Hintergründe
 - Wie es weitergeht
- Seiten 2–3



Wählt Frankreich eine Neofaschistin?

Die traditionelle Linke hat
abgewirtschaftet, und der
bürgerliche Star Fillon ist
korrupt. Marschiert Marine
Le Pen jetzt durch? Seite 7



Altersreform: Darum geht's

Wem die Ständeratsvariante was
bringt: Die grosse Info-Tabelle. Seite 4

News-Fälscher-Alarm!

Fake-News sind eine Plage. work sagt,
wie man sie entlarvt. Seiten 12–13



ALLES IST MÖGLICH

Niemand hätte es für möglich gehalten, doch es ist passiert. Der Brexit, Donald Trump und das gewaltige Ausmass des Neins zum Steuerbschiss USR III. Wir leben in bewegten Zeiten. Politische Grosswetterlagen, das war gestern. Heute prägt Labilität die Atmosphäre. So wie im französischen Wahlkampf. Noch nie war die Ausgangslage so unklar. Der Grande Nation sterben die politischen Elefanten weg. Am Ende:

Wir leben in bewegten Zeiten.
Präsident François Hollande. Abgestürzt: Ex-Präsident Nicolas

Sarkozy. In die Wüste geschickt: Ex-Premier Manuel Valls. Die politische Kaste hat ihr Konto überzogen. Da taucht plötzlich ein Nobody namens Emmanuel Macron auf. Während Neofaschistin Marine Le Pen marschiert. Kommt da ein Tsunami auf Europa zu? work-Frankreichkorrespondent Oliver Fahrni wagt eine Prognose (Seite 7).

EL NIÑO. Wie ein Blitz schlug das Nein zur Unternehmenssteuerreform III ein. Das Volk hat den Bschiss durchschaut. Mehr Steuer-geschenke für Konzerne und Aktionäre – du und ich hätten dafür zahlen müssen. Wir sind doch nicht blöd, sagte sich auch die SVP-Basis. Ergebnst folgt sie ihrem Führer zwar in die Fremdenfeindlichkeit, aber sie will keine unsoziale Politik. Sie will gute Renten, eine gute Infrastruktur im Dorf und ein Spital möglichst in der Nähe. Doch die SVP ist nicht sozial. Sie ist die Partei der Milliardäre und Banken. Deshalb ist sie jetzt bös abgestürzt. Zusammen mit ihrem Bruchpiloten Ueli Maurer. Gemeinsam mit ihren Verbündeten GössiBiglerKarrerRösti. War es ein Gewitter, das vorüberzieht? Oder haben wir es mit einer veränderten Strömung im System zu tun? Mit einem Polit-El-Niño? work-Autor Clemens Studer weiss mehr (Seite 3).

PUSSYPOWER. Alles scheint möglich. Nichts ist mehr sicher. Das ist gefährlich, aber nicht nur schlecht. In den USA treibt die Hasspolitik von Donald Dumpf die Menschen gleich millionenfach zum Widerstand. Die Anti-Trump-Bewegung wächst und wächst. Da sind, allen voran, die Frauen, die sich bewegen. Mit Pussypower und Pussyhat. Diese Katzenöhrchen-Kappen sind das pinkige Symbol ihres Protests. Entsteht da gerade eine neue Frauenbewegung? Auch die Schweiz sieht jetzt pink. Das hat work-Redaktorin Sabine Reber (Seite 5) herausgefunden. Für den 8. März ruft ein breites Frauenbündnis zu Pussyhat-Protesten auf. «Die Schweiz darf nicht schlafen», sagen die Initiantinnen. Recht haben sie. Schon gar nicht, wenn es bebt.

USR IV: Steuersenkungen auf breiter Front liegen nicht mehr drin
Maurer muss noch mal ran

Die Rechte hat bei der Unternehmenssteuerreform III eine kapitale Niederlage eingefangen. Jetzt sagt die siegreiche Linke, wie die USR IV aussehen muss.

RALPH HUG

Nur seine Aktenmappe war noch zerknitterter als sein Gesicht. SVP-Mann Ueli Maurer hat vom Volk die Quittung erhalten. Mit Pinocchio-Nase (work 1/17) war er in den Fussstapfen seines Vorgängers Hans-Rudolf Merz (FDP) unterwegs. Doch das Volk machte nicht mit: 59,1 Prozent votierten gegen den Unternehmenssteuer-Bschiss. US-Präsident Donald Trump hätte «Total desaster!!!» getwittert. Eigentlich müsste Ueli Maurer jetzt zur Wirtschaftsorganisation OECD nach Paris pilgern und sich dort für die Abschaffung aller unfairen Steuerpraktiken starkmachen. Doch das wird er nicht tun. Zu lange haben die Schweiz und die Kantone von diesem egoistischen Geschäftsmodell profitiert.

ECKPFEILER. Der Schock bei den Bürgerlichen sitzt tief. Und bei den Wirtschaftsverbänden ist Feuer im Dach (siehe Seite 3). Zehn Millionen Franken haben sie im Abstimmungskampf verpulvert. Die Tage von Economiesuisse-Chef Heinz Karrer scheinen gezählt. Das klare «Goots no» des Volks macht den Weg frei für eine verbesserte Reform. Der Gewerkschaftsbund fordert die Abschaffung des Steuerrückdumpingmodells für ausländische Konzerne, ohne Belastung der Allgemeinheit. Chefökonom Daniel Lampart: «Allfällige Kosten müssten von den Firmen und Aktionären getragen werden.» Im wesentlichen müssten Lösungen für die Kantone Basel-Stadt, Waadt und Genf gefunden werden. Dort ballen sich die Holdingfirmen mit Sonderstatus, den die OECD nicht länger akzeptiert.



ZERKNITTERTER BUNDESRAT: Finanzminister Ueli Maurer am Abstimmungssonntag. FOTO: KEYSTONE

Wie könnte die USR IV aussehen? Linke wie die Nationalrätinnen und Nationalräte Jacqueline Badran, Beat Jans, Margret Kiener Nellen oder Susanne Leutenegger Oberholzer fordern die ersatzlose Streichung der «zins-

Die neue Vorlage braucht auch eine Gegenfinanzierung. Auf dem Tisch sind eine höhere Besteuerung der Dividenden und die Kapitalgewinnsteuer. Diese scheut die Finanzelite wie der Teufel das Weihwasser.

Steuerspezialistin Kiener Nellen will aber auch die groben Fehler der Steuerreform II von Hans-Rudolf Merz rückgängig machen. Zum Beispiel das Riesengeschenk mit den steuerfreien Kapitaleinlagereserven. In den letzten fünf Jahren sackten Aktionäre sage und schreibe 460 Milliarden Franken ein, ohne davon einen müden Rappen an den Staat abzuliefern.

ZUVERSICHT. Der Gewerkschaftsbund warnt ausserdem vor flächendeckenden

Senkungen der Gewinnsteuern in den Kantonen, die noch vom Bund subventioniert werden. Ökonom Lampart: «Sie kosten zu viel und führen zu enormen Mitnahmeeffekten durch ordentlich besteuerte Firmen.»

Für SGB-Chef Paul Rechsteiner weist der Sieg vom 12. Februar weit über die Steuerpolitik hinaus: «Es ist ein soziale Wende nötig», sagt er. Politik auf dem Buckel der Lohnabhängigen sei an eine Grenze gestossen. Eine offensive Kampagne gegen mächtigste Gegner habe gesiegt wie bei der Durchsetzungsinitiative. Das stimmt den obersten Gewerkschaftern zuversichtlich, vor allem für den bevorstehenden Grosskampf um die Altersvorsorge (siehe Seite 4).

**SCHLAUMEIEREI
DER PLAN C**

Wirtschaftsvertreter wollen verhindern, dass Bundesrat Maurer nach der Abstimmungsniederlage mit den Siegern einen Kompromiss am runden Tisch sucht («Plan C»). Sie hausieren mit einem «Plan C», wonach die Firmen vorübergehend weiterhin von subventionierten Tiefsteuern profitieren sollen. Erst in einem zweiten Schritt sollen dann die umstrittenen Steuerinstrumente festgelegt werden. Gewerkschaftsbund-Mediensprecher Thomas Zimmermann winkt jedoch ab: «Das ist nur ein Versuchsballon, dem schon bald die Luft ausgehen wird.» (rh)



SO SEHEN SIEGENDE AUS: SP-Präsident Christian Levrat (Bildmitte, mit rotem Schal) feiert das Abstimmungsergebnis, zusammen mit Unia-Präsidentin Vania Alleeva (rechts im Bild) und anderen. FOTO: JONAS ZÜRCHER

Unternehmenssteuerreform III gebodigt:
Aus diesem Sonntag kann was werden

Das schlampige Talent Beat Feuz wird Abfahrts-weltmeister – und das vife Schweizer Volk bodigt die USR III. Maurer, Bigler, Martullo & Co. haben verwachst.

CLEMENS STUDER

St. Moritz GR. Sonntagnachmittag, kurz nach 14 Uhr. Der Emmentaler Beat Feuz reist im Zielraum die Arme hoch: Superlauf, Weltmeister! Vor einigen Jahren war er als undiszipliniert und faul abgeschrieben.

Bern, Sonntagnachmittag, kurz nach 14 Uhr. Gewerbeverbandsdirektor Ulrich Bigler entgleist das Gesicht: Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) kommt nicht zum Fliegen, der Absturz zeichnet sich bereits klar ab.

Der Weltmeistertitel von Beat Feuz ist der grösste Sportserfolg eines Schangnauers seit Erfindung der Dorfchronik. Das Nein zur USR III der grösste Erfolg der Linken seit Jahren. Am Ende des Tages stehen 59,1 Prozent Nein zu 40,9 Prozent Ja auf dem Resultatblatt. Trotz einer schrillen und millionenschweren Pro-Kampagne der Wirtschaftsverbände.

VOODOO-ANALYSEN

Wesentlich erstaunlicher als das Resultat waren die Analysen der Wahlverliererinnen und Wahlverlierer und der meisten Medienschaffenden. Von einer «Trumpisierung von links» war da die Rede. Von einem unreflektierten, trötzelnden, generellen Aufstand gegen «die Eliten», so, als hätte das Volk gar nicht nachgedacht vor dem Nein-Schreiben. Ausserdem sei die Vorlage halt «sehr kompliziert» gewesen, sprich: das Volk zu dumm, um die Wichtigkeit zu begreifen. Und überhaupt: Wer die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) halt nicht umsetze, wie die SVP wolle, müsse sich nicht wundern.

Das alles ist natürlich Mumpitz. Das sind Verliererausreden. Das ist Volksbeschimpfung.

Zum Stichwort «zu kompliziert fürs Volk»: Die USR III war zwar eine Blackbox, doch die Absicht dahinter ganz einfach. Scheichs und andere Superreiche hätten (noch mehr) Steuergeschenke erhalten, dafür bleichen sollten die Lohnabhängigen generell und der Mittelstand im besonderen. Das haben die Menschen sehr wohl verstanden und darum Nein gesagt.

Zum Stichwort «Rache für MEI-Umsetzung»: Das ist faktenfreie SVP-Umdeutung der Realität, die nicht gescheiter wird, wenn sie von Chefredaktoren wiedergekaut wird. Kurz nachdenken hilft auch hier ungemein: Das Volk stimmte am 12. Februar über drei Behördenvorlagen ab. Zwei kamen problemlos durch, darunter sogar eine Einbürgerungsvorlage. Auch das ein schöner Sieg!

DIE SOLLBRUCHSTELLE

Die richtige Interpretation der krachenden Niederlage der vereinten Rechten ist viel einfacher: Sie haben die Vorlage mutwillig überladen und daraus einen gigantischen Steuerbschiss gebastelt. Und sie haben die Schweizerinnen und Schweizer für dumm verkauft. Punkt. Da mochte gerade noch die Mehrheit der FDP-Wählenden mitmachen, wie Nachwahlfürfragen deutlich zeigen. Von ihnen sagten 67 Prozent Ja zu diesem Bschiss. Bei allen anderen Parteien sagte die Mehrheit Nein. Auch bei der SVP. Und hier wird's spannend.

Denn hier liegt die Sollbruchstelle des neuen Rechtsblocks. Der wäre eigentlich so gedacht: Europapolitisch dürfen sich SVP und FDP inhaltlich unterscheiden, bei migrationspolitischen Fragen gibt's Differenzen, sozial- und wirtschaftspolitisch aber hält man zusammen. Doch genau hier macht die SVP-Basis nicht mehr mit: Sie will eine soziale Politik. Aber die SVP ist, anders als andere fremdenfeindliche Parteien in Europa, nicht sozial. Sie ist die Partei der Milliardäre und Banken.

FUNKTIONÄRE UND ANDERE VERSAGER

Sportlerinnen und Sportler wissen: Wenn man kein Glück hat, kommt meist auch noch Pech dazu. Das Pech der USR-III-Befürwortenden hat viele Namen. Schauen wir uns die wichtigsten an: ● **Die Economiesuisse:** Der ehemalige «achte Bundesrat» hat unterdessen einen lausigen Ruf. Immerhin ist die Kasse noch gut gefüllt. Im Unterschied zum Reservoir glaubwürdiger Aushängeschilder. Wer zu Recht im Ruf steht, im Zweifel für die Abzocker zu votieren und abgehoben zu sein, ist wenig vertrauenswürdig in Steuerfragen.

● **Der Gewerbeverband:** Unter dem evangelikalen Rechtsausleger Hans-Ulrich Bigler ist der SGV zur Pöbeltruppe und Fälscherwerkstatt mutiert. Ein Fake-Bild in Biglers Abstimmungszeitung wurde unterdessen gerichtlich verboten.

● **Die FDP:** Ihr ehemaliger Bundesrat Hans-Rudolf Merz ist der Vater aller USR-Lügen. Und

ihre Präsidentin Petra Gössi ist beruflich im Steueroptimier-Milieu unterwegs und trägt zu Recht den Übernamen «Panama-Petra». Noch Fragen zur Glaubwürdigkeit?

● **Die SVP:** Von Milliardären finanziert und gesteuert, macht sie Wirtschafts- und Sozialpolitik für Reiche und Superreiche. Das merken manchmal auch jene ihrer Wählenden, die sie mit nationalistischen und rassistischen Parolen erfolgreich bedient.

● **Der Blocher-Clan:** Die Kunstfertigkeit von Christoph Blocher, sich milliardenschwer als Bützer-Retter zu verkaufen, hat sich im Unterschied zu seinem Geld nicht vererbt. Nicht einmal die Standortgemeinde Domat-Ems folgte der SP-Legende Helmut Hubacher (90). Dass die Rechtsmehrheit im Bundeshaus «so gewaltig abschiffte», hat er noch selten erlebt. Und schon gar nicht bei einer Steuervorlage. Hubacher, der vor der Abstimmung im grossen Work-Interview eindringlich vor einem Ja zum Steuerbschiss gewarnt hatte (online auf goo.gl/8hePtq), sagt jetzt:

«Das Nein ist epochal und eine Superleistung!»

Übrigens: Helmut Hubacher ist Bürger von Krauchthal BE. Das liegt im Emmental. Nur gerade 30 Kilometer Luftlinie von Beat Feuz' Schangnau entfernt.

AUSBLICK. Laut Marx, der Hegel ergänzt, ereignet sich die Geschichte zweimal – einmal als Tragödie und einmal als Farce. Die rechte Nationalratsmehrheit hätte es jetzt in der Hand, für einmal Marx zu widerlegen. Wenn sie sich an ihre 2003 hochmütig gestartete Legislatur erinnert, die für sie – im Vergleich mit Ansprüchen und Ankündigungen – doch eher eine magere war, kann sie die aktuelle Legislatur noch zu einer vernünftigen machen. Die erste Gelegenheit bietet sich schon bald bei der Altersreform 2020. Entweder die Rechten im Nationalrat schwenken auf die Kompromisslösung des Ständerates ein. Oder sie holen sich nach der USR-III-Beule im Herbst gleich noch einen AHV-Beinbruch.

Déjà-vu

CLEMENS STUDER

Ist das wuchtige Nein zur Unternehmenssteuerreform III nur ein Betriebsunfall des Rechtsblocks

im Bundeshaus oder das Ende seiner Sozialabholzerpolitik? Noch wissen wir es nicht, aber ein Blick in die jüngere Vergangenheit deutet auf letzteres.

RÜCKBLENDE. Zwischen 2003 und 2007 sass Christoph Blocher im Bundesrat. Reingedrückt vom damaligen UBS-Chef Marcel Ospel und mitgewählt von Mitte-links-

ALTERSVORSORGE

Das bringt das AHV-Modell des Ständerates im Detail

Seite 4

Naivlingen, die Blocher «einbinden» wollten. Als Seitenwagen stellte man Blocher den Ex-UBS-Angestellten Hans-Rudolf Merz (FDP) bereit. Die beiden sollten auch die Speerspitzen einer neuen Finanz- und Steuerpolitik sein, im Sinne der Superreichen, der Multis und der Finanzindustrie. Motto: Sozialer Ausgleich? Etwas für Memmen! Regulierung des Finanzplatzes? Überflüssig! Steuern? Zahlen nur die anderen!

Und die Parlamentsmehrheit machte munter mit. Im Unterschied zum Volk. Das versenkte rechte Prestigeobjekte am Laufmeter. Besonders bitter für die Bürgerlichen und die SVP war der 16. Mai 2004. Ein Steuersenkungspaket fiel mit 65,9 Prozent Nein-Stimmen durch, die 11. AHV-Revision, eine Abbauvorlage, gar mit 67,9 Prozent. Der neoliberale Höhenritt war gestoppt.

AUSBLICK. Laut Marx, der Hegel ergänzt, ereignet sich die Geschichte zweimal – einmal als Tragödie und einmal als Farce. Die rechte Nationalratsmehrheit hätte es jetzt in der Hand, für einmal Marx zu widerlegen. Wenn sie sich an ihre 2003 hochmütig gestartete Legislatur erinnert, die für sie – im Vergleich mit Ansprüchen und Ankündigungen – doch eher eine magere war, kann sie die aktuelle Legislatur noch zu einer vernünftigen machen. Die erste Gelegenheit bietet sich schon bald bei der Altersreform 2020. Entweder die Rechten im Nationalrat schwenken auf die Kompromisslösung des Ständerates ein. Oder sie holen sich nach der USR-III-Beule im Herbst gleich noch einen AHV-Beinbruch.



Gewerkschafter im Gefängnis

BANGLADESH. Die internationale Industriegewerkschaft IndustriAll ruft zum Protest auf. Denn seit zwei Monaten sitzen in Bangladesh 26 Gewerkschafterinnen



Die Proteste in Bangladesh.

und Gewerkschafter im Gefängnis. Sie wurden verhaftet, nachdem Zehntausende Näherinnen und Näher im südasiatischen Land für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen demonstriert hatten. Die Textilfirmen entlassen daraufhin 1600 Angestellte. Darüber berichtet IndustriAll auf ihrer Website. Dort gibt es auch eine Vorlage für einen Protestbrief: goo.gl/ZfwXE2.

Die Post geht ab

BERN. Erfolg für die Postgewerkschaft Syndicom: Die Verkehrskommission des Nationalrats will, dass in jeder Region genügend Poststellen erhalten bleiben. Sie sollen in der Regel innert 20 Minuten erreichbar sein, zu Fuss oder mit dem ÖV. Damit reagiert die Kommission auf die Pläne der Post. Diese will innert vier Jahren weitere 600 Stellen schliessen. Welche gefährdet sind, zeigt eine interaktive Karte: goo.gl/B5jdeH.

Mehr Lohn

VISP VS. Ab April gibt's für die Lonza-Angestellten 55 Franken mehr Lohn pro Monat. Darauf haben sich die Gewerkschaften Unia und Syna mit dem Chemieunternehmen geeinigt. Das alles ist natürlich Mumpitz. Das sind Verliererausreden. Das ist Volksbeschimpfung. Zum Stichwort «zu kompliziert fürs Volk»: Die USR III war zwar eine Blackbox, doch die Absicht dahinter ganz einfach. Scheichs und andere Superreiche hätten (noch mehr) Steuergeschenke erhalten, dafür bleichen sollten die Lohnabhängigen generell und der Mittelstand im besonderen. Das haben die Menschen sehr wohl verstanden und darum Nein gesagt.

workfrage:
Lernen die Rechten etwas aus der USR-III-Schlappe?
Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

«70.– mehr, sonst geht’s bachab»

AHV-Reform: Nach dem Debakel bei der Unternehmenssteuer-reform III müssen die Rechten umdenken. Von Ralph Hug.

Mit der AHV habe das rein gar nichts zu tun. So tönten die Verlierinnen und Verlierer nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform. Hat es aber doch. Die Lehre aus der krachenden Niederlage von Bundesrat, SVP, FDP, GLP, BDP und der Kantone kann nur eine sein: Das Volk will soziale Reformen.

Ständeratslösung ist ein Muss.

Gerade bei der Altersvorsorge 2020. Ohne bessere Renten wird jede Vorlage Schiffbruch erleiden. Das hat CVP-Chef Gerhard Pfister klar erkannt. Er sagt: «70 Franken mehr, sonst geht’s bachab.» Seine Partei spielt bei diesem Geschäft das Zünglein an der Waage.

ZWEI MODELLE

Die Kardinalfrage bei der laufenden AHV-Reform lautet: Wo und wie werden die schwindenden Pensionskassenrenten kompensiert? Ohne Ausgleich würden sie um 12 Prozent sinken. Bis jetzt tanzten FDP und SVP nach der Pfeife von Economie-suisse, Gewerbeverband und Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt. Diese wollen das Rentenalter heraufsetzen und die vom Ständerat beantragte AHV-Rentenerhöhung von 70 Franken weghaben.

Und dies um jeden Preis. Die Wirtschaftslobbyisten haben im Nationalrat deshalb ein eigenes Modell durchgedrückt. Ganz nach dem Motto: Sollen doch die Versicherten mehr zahlen für weniger Rente. Und so sehen die beiden Modelle aus:

- **Modell Ständerat:** Kompensation für die sinkenden Pensionskassenrenten sowohl in der 1. als auch in der 2. Säule. Zuschlag von 70 Franken auf alle AHV-Neurenten. Bessere Ehepaarente (155 statt 150% der einfachen Rente).
- **Modell Nationalrat:** Kompensation für die sinkenden Pensions-

kassenrenten nur in der 2. Säule. BVG-Versicherte müssen tiefer in die Taschen greifen. Keinerlei Verbesserung bei den AHV-Renten.

PLUS- UND MINUSPUNKTE

Die Lösung des Ständerats ist bereits ein Kompromiss. Der Gewerkschaftsbund hatte 100 Franken mehr Rente gefordert. Die rechten AHV-Fäller wollen die teuren Pensionskassen aufblähen und die Sicherung der Altersvorsorge vor allem den Versicherten aufbürden. Die Firmen werden geschont. Am härtesten würde dieses Modell ausgerechnet die Beschäftigten in

meist gewerblichen Branchen mit tiefen Löhnen treffen, etwa im Service und im Verkauf. Sie müssten länger arbeiten und länger einzahlen. Im Nationalratsmodell ist nämlich eine automatische Rentenaltererhöhung auf 67 Jahre angelegt. Diese soll automatisch in Kraft treten, wenn der AHV-Fonds ins Minus gerät. Unsozialer geht’s nicht.

UNTER DAUERBESCHUSS

Die Ständeratslösung ist deshalb ein Muss. Erstmals seit zwanzig Jahren brächte sie wieder etwas mehr Rente. Und die AHV-Dauerblockade der Rechten wäre damit durchbrochen. Seit der 10. AHV-Revision im Jahr 1995 halten sie das effizienteste aller Sozialwerke unter Dauerbeschuss. Doch zu einseitigen Abbauvorlagen sagte das Volk stets Nein. Im Jahr 2004 erlitt Couchepins 11. Abbaurevision Schiffbruch. 2010 ging auch eine Senkung der BVG-Renten ohne jegliche Kompensation bachab.

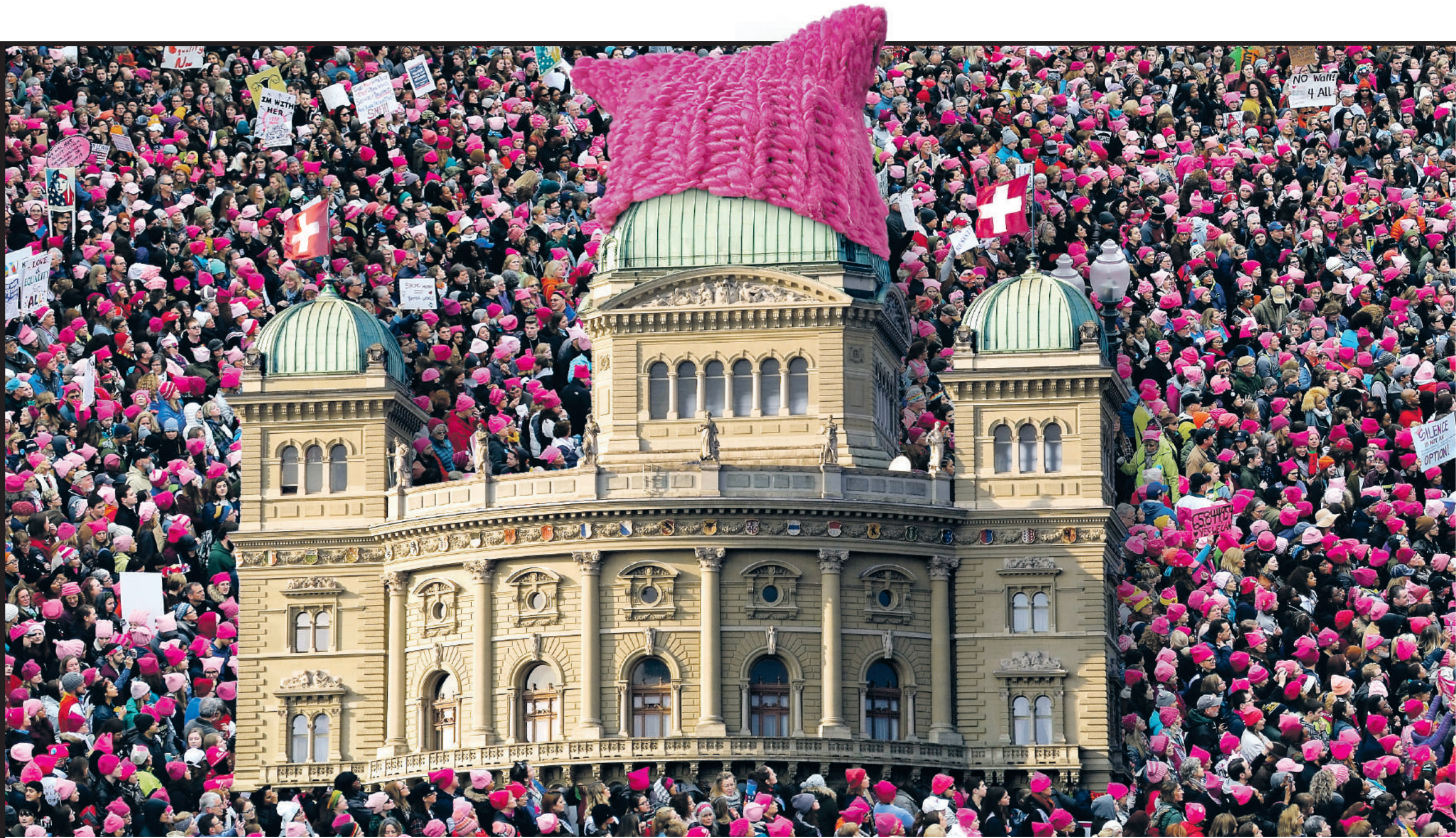
Für SP und Gewerkschaften ist die Position klar: entweder die Ständeratslösung oder keine. Sie bringt trotz höherem Frauenrentenalter deutliche Fortschritte. Die Pluspunkte überwiegen die Minuspunkte (siehe Tabelle unten).



Das bringt das AHV-Modell des Ständerats im Detail: Die Pluspunkte überwiegen

	Status quo	Ständeratsmodell	Auswirkungen	+/-
Frauen	Rentenalter 64	Rentenalter 65	Erhöhung innert dreier Jahre • betroffen: ab Jahrgang 1954 • kein privilegierter Renten-vorbezug	-
Rentner/-innen				
	Max. AHV-Rente Fr.2350.– Min. AHV-Rente Fr.1175.–	Max. AHV-Rente neu Fr.2420.– Min. AHV-Rente neu Fr.1245.–	● Minimalrente wird um 6% erhöht, Maximal-rente um 3% ● Erstmals seit 20 Jahren wieder eine Rentenverbesserung ● Kompensation für sinkende Renten der 2. Säule	+
	Ehegattenrente 150% der max. AHV-Rente	Ehegattenrente neu 155% der max. AHV-Rente	● Rückstand der Renten gegenüber Lohn-entwicklung wird gemindert ● Rentenniveau bei tiefen Einkommen, vor allem bei Frauen, wird angehoben	
	Max. Ehegattenrente Fr.3525.–	Max. Ehegattenrente neu Fr.3751.–	Verbesserung für Ehepaare von Fr.226.– pro Monat und Fr.2712.– pro Jahr	
Finanzierung	Lohnbeiträge an AHV 8,4% (seit 40 Jahren unverändert)	Lohnbeiträge an AHV neu 8,7% (Erhöhung um 0,3%)	Erstmals seit 40 Jahren wieder eine mode-rate Erhöhung der Beiträge. Die Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3% finanziert die AHV-Rentenverbesserungen.	+
	Negative Betriebsergeb-nisse der AHV wegen Baby-boomern	Zusatzfinanzierung über MWSt: Erhöhung um 1%	MWSt-Zusatzfinanzierung stabilisiert AHV bis 2035. Aber nur 0,7% sind direkt spürbar, da per 2018 die 0,3% aus der auslaufenden IV-Zusatzfinanzierung in die AHV gehen.	+
BVG / 2. Säule	Mindestumwandlungssatz 6,8%	Mindestumwandlungssatz sinkt bis 2021 auf 6%	Ohne Ausgleich ergäben sich 12% Renten-einbussen.	-
	Beginn der Einzahlungen mit 25 Jahren	Beginn der Einzahlungen bereits mit 21 Jahren	Zwar wird der Sparprozess verstärkt, doch es fliesst mehr Geld in teure Pensionskassen.	+/-
	Fixer Koordinationsabzug	Variabler Koordinationsabzug	Teilzeitarbeit wird in der 2. Säule besser abgedeckt. Die Rentenungleichheit der Frauen in der 2. Säule wird gemindert.	+
	Rentenabbau bei Senkung des Umwandlungssatzes	Gesetzlicher Schutz für Versicherte, die älter als 50 sind	Keine Einbussen für Versicherte über 50. Einbussen nur bei Versicherten unter 50 und Einkommen von Fr. 84 000.–. Zusammen mit dem AHV-Zuschlag wird das Rentenniveau verbessert.	+
	Gewinnbeteiligung der Ver-sicherer, 10% garantiert	Gewinnbeteiligung bleibt gleich hoch	Versicherer können weiterhin hohe Gewinne im Umfang von 10% der Erträge abschöpfen.	-
Ältere Arbeit-nehmende, die arbeitslos werden (v. a. Bauarbeiter)	Ältere Arbeitslose verlieren Rentenanspruch im BVG	Pensionskassen werden verpflichtet, Versicherte, die ab 58 Jahren die Stelle verlieren, bis zum Rentenalter weiter zu versichern	Besserer sozialer Schutz bei Stellenverlust im Alter. Behörden können Betroffene nicht mehr zum Verbrauch ihres Altersguthabens zwingen.	+

QUELLE: SBB



Am 8. März gehen die Frauen auf die Strasse

Pussy power: Jetzt sieht die Schweiz pink

Nun geht's auch bei uns los mit den Frauenprotes-ten gegen Trump und die hiesigen Frauenfeinde.

SABINE REBER

Das Pussyhat-Fieber aus den USA greift auch hierzulande um sich. Was dort mit dem Frauenmarsch gegen die Hasspolitik von Donald Trump begann, weitet sich zu einer neuartigen Frauenbewegung aus (siehe Interview rechts). Die Pussypower-Bewegung. Zur Erinnerung: «Pussy» nennt Frauengrapscher Trump die Vagina. In einem Video prahlte er, er könne jede Frau haben, ihnen sogar zwischen die Beine grapschen: Grab them by the pussy. Gegen Trumps Vergewaltiger-Mentalität protestierten die Muschis zu Hundertausenden und schlugen zurück. Mit dem Wort, das Trump so verächtlich ausspuckte: Pussy. Pussy heisst aber auch Kätzchen, deshalb trugen die Frauen an ihren Protestmärschen selbstgestrickte Pussyhats. Diese pinkfarbenen Mützen mit Katzen-öhrchen machen jetzt auch in der Schweiz Furore. Als Protestsymbol gegen eine frauenfeindliche, rassistische und unsoziale Politik. Auf den sozialen Medien kursieren verschiedene Modelle und Strickanleitungen.

«Die Schweiz hat Trump in Gestalt der SVP.»

CORINNE SCHARER, UNIA-GESCHÄFTSLEITUNG

STRICKEN FÜR SOLIDARITÄT

Landau, landab wird plötzlich gestrickt wie verrückt. Zum Beispiel Vivienne F. Herzog (74) aus Beatenberg BE. Zusammen mit ihrer Lismigruppe, aber auch mit einer Gruppe von Migrantinnen, um die sie sich schon lange kümmert, fertigt die Rentnerin Pussykappen. Von morgens bis abends würden ihre Nadeln klappern, erzählt sie: «An einem guten Tag schaffe ich vier Pussyhats.» Inzwischen hat sie

bereits Hunderte gestrickt. Für die Rechte der Frauen und für einen guten Zweck: Den Erlös spendet sie der Flüchtlingsorganisation Schweizerchrüz von Michael Räber.

Und sogar die Männer tragen neuerdings Pink. Jean Anderegg aus Grenchen SO erklärt: «Ich trage meinen Pussyhat aus Solidarität mit den Frauen. Die rechtsbürgerliche Politik schadet uns allen.» Und der Berner BDP-Politiker Kurt Hirsbrunner sagt: «Wir müssen ein Zeichen setzen gegen den um sich greifenden Hass.» An einer Pussyhat-Aktion im Berner Stadtparlament nahm auch er teil – und trug seine Katzenkappe zum Vollbart.

Kein Wunder, trägt jetzt auch das Bundeshaus Pink: Auf der Website Make Switzerland Pink, die den Protest begleitet und sammelt, posten Fans allerlei Fotomontagen. Unter dem Slogan: «Stricken für Solidarität und Demokratie».

FEMINISMUS FÜR 99 PROZENT

Make Switzerland Pink verlinkt auch die aktuellen Diskussionen des Frauenprotests in den USA. Zum Beispiel das Manifest für einen «Feminismus für die 99 Prozent». Lanciert hat es eine Gruppe bekannter Feministinnen, Buchautorinnen und Forscherinnen um Angela Davis. Sie alle sind in der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen verankert und schreiben: «Aus unserer Sicht reicht es nicht, gegen Trump und seine aggressive sexistische, homophobe und rassistische Politik zu sein. Wir müssen auch den neoliberalen Angriff auf die sozialen Errungenschaften und die Rechte der Arbeitnehmenden bekämpfen.»

Der weisse Mittelschichtsfeminismus der letzten Jahrzehnte habe viele Frauen ausgegrenzt, Arbeiterinnen, Migrantinnen, farbige Frauen usw. Und er habe sich zu stark mit dem Kapitalismus arrangiert. Doch Gewalt «ist nicht nur häusliche Gewalt gegen Frauen, sondern auch die Gewalt der Märkte, Staatsgewalt gegen Flüchtende, diskriminierende Politik gegen Schwule und Lesben sowie institutionelle Gewalt gegen den Körper der Frau: Abtreibungsverbote, fehlender Zu-



gang zum Gesundheitssystem». Es brauche eine neue, breitere Bewegung, fordern Davis und ihre Mitstreiterinnen und rufen für den internationalen Frauentag am 8. März zu einem landesweiten «Generalstreik» auf. In dreissig weiteren Ländern wollen die Frauen am Frauentag ebenfalls streiken. Das Motto: «Ein Tag ohne uns Frauen».

AUFRUF FÜR PINK

«Heraus zum 8. März» wollen die Pussyhats auch in der Schweiz. Angefeuert vom Frauenpower in den USA, ruft ein breites Bündnis zur Solidarität mit der internationalen Streikbewegung am Frauentag auf: «Die Schweiz darf nicht schlafen!»

Mit dabei auch die Gewerkschaften. Unia-Geschäftsleitungsfrau Corinne Schärer begründet dies so: «Nicht nur die USA erleben derzeit mit Trump & Co. einen heftigen Rechtsrutsch. Die Schweiz hat Trump in der Gestalt der SVP schon lange. Und auch bei uns sind

Sexismus und Frauenfeindlichkeit salonfähig geworden.» Die Unia wird Protestaktionen machen und ruft dazu auf, Frauen und Männer möchten am 8. März pinkig auf den Strassen und unübersehbar auftreten. Überall im Land!

Zu einem weiteren Frauenmarsch in Zürich am 18. März rufen zwei junge Frauen via Facebook auf. Sie werden von den Gewerkschaften und den Jusos unterstützt.

UNTERSTÜTZUNG FÜR FRAUEN

So viel Bewegung freut eine ganz besonders: Fast-Bundesrätin Christiane Brunner. 1991 führte sie den gloriosen Schweizer Frauenstreik an («Wenn Frau will, steht alles still!») – und ging damit in die Geschichte ein. Brunner sagt: «Wie wunderbar, dass sich die Frauen wieder bewegen! Dass sie nun ausgerechnet zu Wolle und Stricknadeln greifen für ihren Protest, amüsiert mich ungemein.»

Sie könne zwar nicht stricken, sagt die ehemalige SP- und Gewerkschaftschefin, aber sie werde gerne einen Pussyhat tragen. Jedenfalls wünsche sie den jungen Frauen toi, toi, toi: «In Gedanken bin ich ganz fest bei euch!»

DIE LINKS

- Pussypower im work: goo.gl/ol4sC0 und goo.gl/L9sk9B
- #MakeSwitzerlandPink: www.facebook.com/makeswitzerlandpink
- Streikmanifest von Angela Davis et al: goo.gl/kPUrOn
- Women's March Zürich: www.facebook.com/womensmarchzurich
- Unia-Website zum 8. März: www.unia.ch/8maerz

Biberli meint: «Pink gestrickt ist halb gewonnen!»



Die Basler Genderforscherin Katrin Meyer* sagt:

«Der Frauenmarsch war ein Meilenstein»

Am Reclaim-Democracy-Kongress (siehe Seite 8) war Meyers Workshop über Demokratie und Feminismus brechend voll. Die Frauenpower mobilisiert jetzt auch in der Schweiz.

SABINE REBER

work: Katrin Meyer, der Frauenmarsch gegen Trump in Washington war ein richtiger Volksaufstand. Wie beurteilen Sie diesen Erfolg der Frauen?

Katrin Meyer: Der Women's March war ein Meilenstein in der Geschichte des Feminismus. Denn nun kommen die Forderungen der Frauen zusammen mit ökologischen, kapitalismuskritischen und mit antirassistischen Anliegen. Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit lassen sich nicht mehr so einfach trennen. Wer für Frauenrechte einsteht, muss auch für die Rechte der Geflüchteten und der ökonomisch Ausgebeuteten einstehen.

Und diese neue Frauenbewegung entstand wegen Donald Trump?

Nein, es gibt schon seit vielen Jahren eine neue Generation von Feministinnen, die viel offener sind und sich in einem breiteren Kontext engagieren. Die ältere Generation der weissen Feministinnen hat sich ja teilweise

Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit lassen sich nicht mehr trennen.

selbst widerlegt durch ihre Islamkritik, die den weissen Nationalismus bestärkt hat und zur Rechtfertigung von Ausgrenzung und Krieg verwendet wurde. In den USA ist die neue Frauenbewegung ganz klar aus dem Black Feminism entstanden. Diese Frauen sind seit zwanzig, dreissig Jahren aktiv. Nun werden sie endlich breiter wahrgenommen. Denn Trump steht für eine Gesellschaft, die sich entsolidarisiert: America first, meine Familie first, ich first. Eine Gesellschaft kann aber letztlich nur solidarisch funktionieren.

Alle zeigen jetzt mit dem Finger auf Trump, ist die Schweizer Politik denn besser?

In der Schweiz haben wir seit zwanzig Jahren mit rechtskonservativer Politik zu tun. Wir sind eines der ersten Länder, das einen nationalistischen Rechtsrutsch erlebt hat. So haben wir nun eines der inhumansten Asylgesetze in Europa. Wir brauchen gar keine Mauer mehr zu bauen! Punkto Sozial- und Bildungsabbau sind wir auch bereits durch ein hartes Sparregime gegangen. Dabei werden besonders viele Frauen, ebenso wie Männer mit Migrationshintergrund, in die Armut getrieben.

Dann liegt es also auch bei uns nahe, dass Menschen und insbesondere Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam auf die Strasse gehen?

Unbedingt! Die Ausländerfeindlichkeit in der Schweiz ist ja unschlagbar. Inzwischen ist es in weiten Kreisen normal geworden, über Menschen ohne Schweizer Pass in herabwürdigender Weise zu reden. Und das sind genau die gleichen Kreise, die ebenso erniedrigend über Frauen reden.

Wo sehen Sie einen Unterschied zwischen Trumps Amerika und der Schweiz?

Trump spricht alles direkt aus, den Frauenhass, den Rassismus, den Egoismus, und er wurde trotzdem oder sogar deswegen gewählt. Bei uns läuft es diskreter und vordergründig etwas zivilisierter ab, aber das ist in vielen Bereichen eine Täuschung.

* Katrin Meyer ist Privatdozentin für Philosophie und Lehrbeauftragte für Gender Studies an der Universität Basel. Den Feminismus-Workshop am Reclaim-Democracy-Kongress bot sie zusammen mit Kollegin Andrea Zimmermann an, ebenfalls Gender-Forscherin an der Uni Basel.

Nach dem Brexit-Entscheid
EU-Bürger
in Geiselhaft

Zehntausende EU-Bürgerinnen und -Bürger in Grossbritannien bekamen von der britischen Einwanderungsbehörde dicke Post: «Wir fordern Sie auf, Ihre Ausreise aus Grossbritannien vorzubereiten.» Und weiter: «Sollten Sie nicht freiwillig Folge leisten, müssten Sie mit einer Ausweisung rechnen.» Der Brief ging auch an Leute, die



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

seit über 20 Jahren in Grossbritannien leben und arbeiten, mit Britinnen und Briten verheiratet sind und Kinder mit britischem Pass haben.

POKER. Nach der Brexit-Abstimmung war allen klar, dass es künftig eine staatliche Steuerung geben wird, welche die Einreise von EU-Bürgerinnen und -Bürgern ins Vereinigte Königreich regelt. Denn Brexit heisst auch explizit

Brexit heisst Schluss mit Personenfreizügigkeit. Schluss mit der EU-Personenfreizügigkeit. Für bereits Eingewanderte sah man anfangs kein Problem. Als diese

von der Regierung aber eine Zusage wollten, dass ihr Aufenthalt nicht in Frage gestellt sei, kam die Antwort von Ministerpräsidentin Theresa May brutal: «Ich kann dieses Pfand für die Verhandlungen mit der EU nicht aus der Hand geben.»

Im kommenden Ringen um Zölle, Grenzen und Milliardenzahlungen will May die drei Millionen EU-Bürger in ihrem Land als Verhandlungsmasse benutzen. Auch die 1,2 Millionen Britinnen und Briten, die derzeit in EU-Ländern leben, sind Teil des Pokers. Der britische und der europäische Gewerkschaftsbund fordern deshalb, dass den bereits Ansässigen in allen EU-Staaten der Aufenthalt garantiert wird: «Die Eingewanderten dürfen nicht zu Geiseln im Brexit-Verhandlungspoker werden.» Bisher sind sie nicht durchgedrungen.

Die Geschichte zeigt, was die Abschaffung der Personenfreizügigkeit für die Menschen in Europa bedeutet: nicht nur neue Einreisekontrollen, sondern auch neue Macht für die «Fremdenpolizei». Diese kann künftig in das Leben der Eingewanderten eingreifen, willkürlich eine Verlängerung des Aufenthalts in Frage stellen, Ausweisungen vornehmen usw. Das sollte uns in der Schweiz eine Lehre sein.

Unia online



Unia-Mitglied? Nutzen Sie die Angebote!

Wussten Sie, dass Sie als Unia-Mitglied jedes Jahr einen Beitrag an Ihre Weiterbildung erhalten? Dass Sie verbilligt Reka-Checks beziehen können? Oder wissen Sie, wie Sie dank der Unia nur die Hälfte für eine Kreditkarte zahlen? Eine Übersicht der Vorteile für Unia-Mitglieder finden Sie auf www.unia.ch/vorteile

Coop-Verkäuferin Monica Solagna sorgt sich um ihre Gesundheit
12-Stunden-Tage machen kaputt



MIESES KLIMA DRAUSSEN UND DRINNEN: Verkäuferin Monica Solagna vor dem Coop City am Basler Marktplatz. FOTO: ROLAND SCHMID

Viele Coop-Verkäuferinnen sind am Anschlag. Das zeigt eine neue Unia-Umfrage.

CHRISTIAN EGG

Monica Solagna sagt: «Noch vor ein paar Jahren waren wir hier zehn Leute mehr.» Die 42-jährige Verkäuferin arbeitet in der Lebensmittelabteilung des Coop-City-Warenhauses am Marktplatz in Basel. Zusammen mit immer weniger Kolleginnen und Kollegen. «Die Chefs sagen, der Umsatz sei nicht so gut, wie er sollte, da müssten sie halt am Personal sparen.»

Die Folge: Die verbleibenden Verkäuferinnen müssen immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit erledigen. Oft hasten sie von einem Ort zum anderen. Solagna arbeitet eigentlich an der Kasse: «Aber wenn's mich irgendwo im Laden braucht, springe ich.» Dann füllt sie Regale auf, erledigt Bestellungen, bäckt Brot auf.

GROSSER DRUCK

Ihre Schichten sind lang. Sehr lang. Am schlimmsten sei der Donnerstag, wegen des Abendverkaufs. Da fängt sie um halb neun am Morgen an und ist um halb neun am Abend fertig. Ein Arbeitstag von zwölf Stunden. Auch wenn man die Pausen abzieht, bleiben mehr als zehn Stunden Arbeitszeit.

So geht es vielen Coop-Verkäuferinnen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Unia. Gegen tausend Coop-Angestellte haben mitgemacht. Fast ein Drittel davon haben regelmässig Arbeitstage, die über elf Stunden dauern. 52 Prozent der Verkäuferinnen macht der Stress zu schaffen. Noch mehr, nämlich 67 Prozent, berichten von einem schlechten Arbeitsklima.

Natalie Imboden, Tertiärchefin bei der Unia, weiss aus Gesprächen mit den Verkäuferinnen: «In vielen Filialen ist der Druck gross. Das Betriebsklima und die Gesundheit leiden. Das muss sich ändern.» Überlange Arbeitszeiten und der Gesundheitsschutz sind deshalb aktuell Thema bei den Verhandlungen über den Coop-Gesamtarbeitsvertrag (siehe Spalte rechts). Für Imboden ist klar: «Coop ist gefordert.» Besonders nach den jüngsten Geschäftszahlen, die der Detailhandelsriese erst gerade veröffentlicht hat: Umsatz plus 5 Prozent, der Gewinn steigt auf 475 Millionen Franken, das sind 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

IMMER AGGRESSIVER

Verkäuferin Solagna ist oft am Limit: «Nach so langen Arbeitstagen komme ich meist heim und kann einfach nicht mehr.» Zeit für ein Sozialleben bleibe kaum.

Richtig schlimm wurde es letztes Jahr im stressigen Weihnachtsgeschäft. Normalerweise könne sie mit aggressiver Kundschaft gut umgehen, sagt Solagna: «In der Regel gelingt es mir, sie zu beruhigen.» Doch im letzten Dezember schaffte sie das nicht mehr. Stattdessen ist sie selber immer aggressiver geworden. Dank guten Kolleginnen und

Am schlimmsten ist der Donnerstag. Wegen des Abendverkaufs.

viel Sport habe sie aus der Negativspirale herausgefunden. «Aber rückblickend muss ich sagen: Da war ich kurz vor einem Burnout.»

Coop-Sprecher Urs Meier schreibt, man halte sich an die im GAV verankerte 41-Stunden-Woche. Für «überforderte Mitarbeiter» gebe es mehrere Anlaufstellen, etwa die Personalabteilung oder den internen Sozialdienst. Zur Unia-Umfrage schreibt er, dass eigene Recherchen über die Arbeitszeiten und die Zufriedenheit der Angestellten ein anderes Bild ergäben. Der Personalbestand im Verkauf sei zudem «seit Jahren stabil». Was er nicht schreibt: Die Verkaufsflächen sind in den letzten fünf Jahren stetig gewachsen. Gleich viele Angestellte müssen also mehr Läden bedienen.

COOP-GAV:

DAS WILL DIE UNIA

Aktuell verhandeln die Gewerkschaften mit Coop den neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der ab 2018 gelten soll. Die wichtigsten Forderungen der Unia basieren auf den Resultaten der Umfrage:

- Ein Arbeitstag soll maximal elf Stunden dauern, Pausen mitgezählt.
- Der Mindestlohn für Verkäuferinnen mit mindestens fünf Jahren Erfahrung soll um 300 Franken steigen.
- Der Schutz vor Stress und anderen Gesundheitsrisiken soll neu im GAV verankert werden.
- Der GAV soll neu auch für Firmen wie Fust, Body Shop oder Interdiscount gelten, die zur Coop-Gruppe gehören.

18 Jahre brauchte Appenzell Innerrhoden fürs Frauenstimmrecht, 46 Jahre für Minimalstandards für Hausangestellte

Appenzell Hinterherrhoden

Ein Normalarbeitsvertrag für die Hauswirtschaft ist seit 1971 für die Kantone Pflicht. In Appenzell geht's erst jetzt endlich vorwärts.

CHRISTIAN EGG

1971 kommt in der DDR Erich Honecker an die Macht. Pepe Lienhard erobert mit «Sheila Baby» die Hitparade. Viele Schweizer Familien kaufen sich einen Farbfernseher.

Das ist 46 Jahre her. So lange hat Appenzell Innerrhoden gebraucht, um ein Bundesgesetz umzusetzen. Es geht um Minimalstandards für Hausangestellte. Dazu muss jeder Kanton einen sogenannten Normalarbeitsvertrag (NAV) erlassen, der etwa Arbeits- und Ruhezeiten regelt.

LETZTER KANTON. So steht es im Obligationenrecht. Eben, seit 1971. Doch die Regierung des Kantons

Appenzell Innerrhoden hat sich bisher darum foutiert. Als einziger Kanton hat Innerrhoden bis heute keinen NAV für die Hauswirtschaft.

Erst dank der Unia geht jetzt etwas. In einem Brief forderte sie die Regierung zum Handeln auf.

Lohndumping ist in der Hauswirtschaft weit verbreitet.

Kürzlich kam die Antwort: «Der Erlass eines NAV Hauswirtschaft ist bis Februar 2018 geplant.»

«Endlich!» freut sich Udo Michel, Pflegeverantwortlicher bei der Unia. In der Hauswirtschaft sei Lohndumping weit verbreitet. Zudem gilt für Hausangestellte nicht einmal das Arbeitsgesetz, da sie von privaten Haushalten angestellt sind – ähnlich wie Angestellte eines Landwirtschaftsbetriebs.



HORT DER DEMOKRATIE? Die Landsgemeinde gibt's in Appenzell seit 1403. Das Frauenstimmrecht erst seit 1989. FOTO: KEYSTONE

Michel stellt aber klar: Ein NAV ist das absolute Minimum. «Jetzt muss der Bund die Hausangestellten dem Arbeitsgesetz unterstellen. Nur so lassen sich die Bedingungen verbessern.» Dass Appenzell Innerrhoden für die Umsetzung so lange brauchte, nimmt der gebürtige Berner

Oberländer mit Humor: «Und da sagt man immer, in Bern gehe alles so langsam.»

Übrigens: Das Frauenstimmrecht gibt es auf Bundesebene seit 1971. Innerrhoden war 1989 der letzte Kanton, der es einführte. Auf Geheiss des Bundesgerichts.



Wird die Grande Nation bald von einer Neofaschistin regiert?

Marine Le Pen marschiert

Für ihre Favoritenrolle im Wahlkampf musste die Führerin des Front national nicht mal viel tun. Dafür sorgten die anderen.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Im Nordosten von Paris entbrannte 2005 der grosse Aufstand der Vorstädte. Seither werden die Verhältnisse nur schlimmer. Vor zwei Jahren schloss Autobauer Citroën in Aulnay-sous-Bois seine Fabrik mit 3000 Jobs. Anfang Februar prügelten die Polizisten hier wieder einmal mit rassistischem Geschrei auf die Jugendlichen ein. Dabei vergewaltigten sie Théo (22) mit einem Schlagstock, den sie ihm tief in den Anus stiessen, und verletzten ihn dabei schwer.

«Knüppel raus!» hat die sozialdemokratische Regierung zuletzt immer wieder befohlen. Gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, gegen Umweltschützer, gegen Secondos in der Banlieue. Doch diesmal empörte sich die Politik, von rechts bis links. Théo ist ein guter Junge, einer, der älteren Damen die Einkäufe nach Hause trägt. Und Wahlen stehen an. Präsident François Hollande eilte, von Kameras begleitet, an Théos Spitalbett.

Eine Politikerin aber warf den Prügel-polizisten Handküsse zu und versprach «prinzipielle Unterstützung»: die Neofaschistin Marine Le Pen. Sie will am 7. Mai Frankreichs Präsidentin werden.

HOLLANDES AUSNAHMEZUSTAND

Das könnte sie schaffen. In den Umfragen liegt Le Pen derzeit an erster Stelle. So wollen zum Beispiel 52 Prozent der Polizisten und Militärs sie wählen. Die Grande Nation von einer Faschistin regiert? Ein Desaster. Mit rassistischem Zungenschlag plant sie «null Prozent Ausländer» und die Todesstrafe. Unter anderem. Und sie wäre eine Katastrophe für Europa: Als erste Amtshandlung will die Trump-Bewunderin den Frexit, Frankreichs Ausstieg aus der EU, in die Wege leiten. Europa könnte schon in diesem Jahr zerfallen.

Wie es um Frankreich steht, zeigt der erstaunliche Umstand, dass die Führerin des Front national (FN) für ihre Favoritenrolle fast gar nichts tun musste. Das besorgten die anderen.

Zuerst Präsident Hollande und seine Sozialisten. Mit ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik gingen sie auf Konfrontation zu den Arbeitenden. Das neue, brutale Arbeitsgesetz erzwangen sie mit einem Notstandsparagrafen. Viermal verlängerte Hollande den Ausnahmezustand. Bis im nächsten Juli sind etliche Bürger- und Bürgerinnenrechte ausgesetzt. Übernimmt Le Pen, liegt das ganze Arsenal des autoritären Staates längst bereit.

FILLONS GESCHÄFTE

Premierminister Manuel Valls versenkte die Sozialisten definitiv. Wachsende soziale Probleme liess er links liegen, machte aber den Islam und die «französische Identität» zum einzigen Thema. Nationalsozialliberalismus. Valls bekam von der Basis prompt die Quittung: Sie zog ihm Benoît Hamon vor. Ex-Erziehungsminister Hamon war 2014 im Protest aus der Valls-Regierung ausgetreten. Sein Programm: klassisch sozialdemokratisch, mit einer Form von Grundeinkommen garniert. Chancen, den ersten Wahlgang zu überstehen, hätte

STRAMM NACH RECHTS: Neofaschistin Marine Le Pen ist besonders beliebt bei Polizisten und Militärs. 52 Prozent wollen sie wählen. FOTO: KEYSTONE

Hamon aber nur in einem Bündnis mit den Grünen und der Linken von Jean-Luc Mélenchon. Wahrscheinlicher ist: Nach dieser Wahl gibt es die Sozialistische Partei nicht mehr.

Die Trump-Bewunderin Marine Le Pen will den Frexit.

Gar noch mehr für den Aufstieg Le Pens getan haben die Republikaner. In der bürgerlichen Sammelpartei lieferten sich Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy und Ex-Premier François Fillon ein Wettrennen nach rechts aussen. Am Ende watschte die Partei Sarkozy ab. Fillon ist nun ihr Mann. Er will eine Kombination von radikalisiertem

Neoliberalismus (47-Stunden-Woche, Streichung von 500 000 Arbeitsstellen im Service public, Abschaffung der öffentlichen Krankenkasse, 40 Milliarden Euro Steuergeschenke an die Konzerne...), rechtem Katholizismus, Euroskepsis und Islamophobie.

KNALLHARTER SAUBERMANN

Das hätte Le Pen beunruhigen können. Fillon gab sich als knallharter Saubermann. Bis die Scheinbeschäftigung seiner Gattin Penelope plus Sohn und Tochter auf Staatskosten und ein paar weitere Veruntreuungen ruchbar wurden. Seither ist ein gewisser Emmanuel Macron in den Umfragen an zweite Stelle gerutscht. Emmanuel wer?

Anti-System-Politiker: Das ist Monsieur Macron



Emmanuel Macron. FOTO: KEY

ist reine Simulation. Auf ein Programm verzichtet er. Macron will mit Projekten regieren. Das hat er in der

Managerschule gelernt. Die Republik als Firma. Seine Bewegung nennt er «Unterwegs». Das bringt ihm massiven Zulauf. Sogar von Sozialisten. Erstaunlich, denn eigentlich wissen alle, wo er steht.

BANKER. «Unterwegs» war zuerst bei einem Direktor des Unternehmensverbandes domiziliert. Macron kommt von der Bank Rothschild. Er hat Rothschild und Nestlé zusammengebracht. 2008

hat er mit Jacques Attali das wohl radikalste neoliberale Programm aller Zeiten geschrieben. Von Demokratie hält der Sunnyboy Macron so wenig wie von den Armen. Was Macron unter Hollande tat, hatte er für Sarkozy vorbereitet. Das umstrittene Arbeitsgesetz hätte er nach eigener Aussage gerne noch deutlich schärfer gehabt. Ein Anti-System-Politiker? Macron ist das System. (olf)



la suisse existe
Jean Ziegler

EISERNE FAUST IN SAMTHANDSCHUHEN

Der Nachtzug aus Paris kam um 6.30 Uhr im Genfer Bahnhof Cornavin an. Es gab damals, im Februar 1974, noch keinen TGV. Ein todmüder, freundlich lächelnder Exil-Portugiese kam mir in einem abgewetzten Mantel entgegen. Er fristete damals sein Dasein als Privatlehrer, in einer kärglichen Wohnung an der Rue de Rennes in Paris. Sein Name: Mário Soares.

HÖCHST VITAL. Im grossen Saal des Café Bagatelle fand abends ein Meeting statt, zu dem Portugiesen aus der ganzen Schweiz angereist kamen. Der plötzlich höchst vitale Privatlehrer hielt einen zweistündigen Vortrag über die Lage in Portugal, eine brillante, mitreissende geostrategische Analyse, der nochmals drei Stunden lebhafter Diskussion folgten.

«Geduld ist die grösste revolutionäre Tugend.»

MÁRIO SOARES

An die Schlussbemerkung von Soares erinnere ich mich bis heute: «Geduld ist die grösste revolutionäre Tugend. Wir müssen geduldig sein. Noch unterstützen die Nato, die USA und Europa Marcello Caetano (den faschistischen portugiesischen Ministerpräsidenten, die Red.). Aber eines Tages, auch wenn der Tag noch weit entfernt liegt, werden wir siegen.» Zwei Monate später, am 25. April, erklang kurz nach Mitternacht im Rádio Renascença das – von der Regierung verbotene – Rebellienlied «Grândola, Vila Morena». Es war das Signal für den militärischen Staatsstreich. Sechs Stunden später war der faschistische «Estado Novo» besiegt, Portugal befreit. In den Kolonien Angola, Moçambique, São Tomé, Guinea-Bissau und Osttimor, wo Hunderttausende zwangsrekrutierter Portugiesen gegen einheimische Befreiungsbewegungen kämpften, wurde der Staatsstreich des Movimento das Forças Armadas enthusiastisch begrüsst.

FEURIGE REDEN. Am 28. April, wieder am frühen Morgen, stieg Mário Soares, von Paris kommend, aus dem Zug im Hauptbahnhof von Lissabon. Er wurde Aussenminister der neuen Regierung. Und blieb es die zwei nächsten, entscheidend wichtigen Jahre lang. António de Spínola, ein Kolonialgeneral aus Guinea-Bissau, wurde nach dem Militärputsch Präsident. Er wollte zwar den Regimewechsel, dabei aber nicht die Kolonien in Afrika und Asien aufgeben. In feurigen Reden mobilisierte Soares das arbeitende Volk. Im Januar 1975 unterschrieb es die Verträge von Alvor, einer kleinen Stadt an der Algarveküste. Sie brachten den portugiesischen Kolonien Freiheit und Souveränität. «Eine eiserne Faust in einem Samthandschuh» – so charakterisierte sein Freund Willy Brandt Mário Soares. Und tatsächlich war der Generalsekretär der sozialistischen Partei Portugals der Inbegriff des Portugiesischen: klug, energisch, unglaublich arbeitssam, von unbändiger Vitalität. Als Ministerpräsident führte er sein Land 1985 in die EU. Von 1986 bis 1996 war er Staatspräsident. Am 7. Januar 2017, wiederum frühmorgens, starb dieser aussergewöhnliche Mensch. Er wurde 92 Jahre alt. Ich werde ihn nie vergessen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Ändere die Welt!», ist im März 2015 auf deutsch erschienen.

Reclaim-Democracy-Kongress in Basel:
Demokratie im Job

Demokratie, die Herrschaft des Volkes. Was aber, wenn das Volk zum Beispiel Trump wählt? Und dieser Richter und Medien, die ihn kritisieren, am liebsten ausschalten möchte? Oder wenn neoliberale Politikerinnen und Politiker ihren Kurs für alternativlos erklären? Zum Beispiel gegenüber Griechenland. Der europäische Umgang mit den Griechinnen und Griechen zeigt: Im Zweifelsfall bedeutet Demokratie, nicht einmal mehr die Wahl zu haben, weil die Geldgeber befehlen.

MACHTLOS. Anfang Februar diskutierten am Kongress «Reclaim Democracy» (die Demokratie zurückgewinnen) 1800 Leute in 4 Plenarveranstaltungen und 50 «Ateliers», wie die Demokratie zu retten sei. Organisiert hatte die herausragende Tagung das linke Denznetz und das Seminar für Soziologie der Universität Basel. Feminismus und Demokratie war dort ebenso ein Themenkreis wie Demokratie, Menschenrechte und



DEMOKRATIE ZURÜCKEROBERN:
Das Kongress-Logo. FOTO: PD

Migration oder Demokratie. Medien und Big Data. Und selbstverständlich debattierte der Kongress auch über die Demokratie in den Betrieben. Die Mitwirkung am Arbeitsplatz.
work hat am Rande des Kongresses mit einem der Basler Redner, dem Mitbestimmungsforscher Heinz Gabathuler, gesprochen. Sein Fazit: Einerseits seien die gesetzlichen Mitwirkungsrechte in der Schweiz schwächer als in den Nachbarstaaten. Andererseits sorgten in der betrieblichen Realität gute Gesamtarbeitsverträge teilweise für Regelungen, die über das Gesetz hinausgingen (siehe Interview rechts).

ABWEHR. Allerdings gilt in der gewerkschaftlichen Praxis auch für solche Mitwirkungsregelungen: Branche vor Betrieb. Institutionalisierte Vertretungen der Beschäftigten auf Betriebsebene sind von den Firmen zu leicht als Konkurrenz zur Gewerkschaft zu nutzen. In der Geschichte war das zunächst ihr eigentlicher Zweck: Die Patrons richteten sie ein, um keine Gewerkschaft ins Haus zu lassen. Für die Migros, die grösste private Arbeitgeberin im Land, dient die Arbeitnehmervertretung auch heute als Abwehr gegen die Unia. Deshalb war sie sogar bereit, ihr zusätzliche Kompetenzen einzuräumen. Etwa bei Lohnverhandlungen.

Die Konzentration auf Branchenregelungen bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Gewerkschaften die Einflussnahme innerhalb der Betriebe vernachlässigen. Ihr vorrangiges Ziel dort besteht jedoch darin, Vertrauensleute zu gewinnen, die sich unabhängig von den Chefs für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen können. (ms)



LAUTSTARK: Mit ihrem Protest verhinderten die Novartis-Angestellten 2011 die Schliessung des Werks in Nyon VD. FOTO: KEYSTONE

Mitbestimmungsforscher Heinz Gabathuler:

«In den Betrieben sieht's besser aus als im Gesetz»

Schweizer Arbeitnehmende haben im Job wenig zu husten. Etwas besser sieht es aus, wenn sie einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) haben, der ihre Mitwirkungsrechte garantiert.

work: Vor ein paar Tagen verlangte Roland Müller, der Direktor des Arbeitgeberverbandes, von Eltern, dass sie im voraus eine Betreuung organisieren sollten, wenn ihre Kinder krank seien. Damit sie bei der Arbeit nicht ausfielen. Dabei haben Eltern in einem solchen Fall gesetzlich das Recht, ihre Kinder drei Tage lang zu Hause zu pflegen. Stellen sich die Patrons so die Mitwirkung der Beschäftigten im Betrieb vor?
Heinz Gabathuler: Diese Äusserung von Herrn Müller möchte ich nicht kommentieren. Allgemein aber gilt: Im Vergleich zu unseren Nachbarn sind die Mitwirkungsrechte in der Schweiz gesetzlich nur wenig geregelt. In den allermeisten Fällen haben die Arbeitnehmenden nur Informa-



tions- und Anhörungsrechte. Das Management muss sie über bestimmte Vorhaben der Firma informieren, sie dürfen dazu auch ihre Meinung sagen. Aber ihr Einfluss ist begrenzt.

Ist das in allen Branchen und Betrieben gleich?
Nein, die betriebliche Realität sieht zum Teil deutlich besser aus. In den Gesamtarbeitsverträgen, vor allem der Industrie, haben die Gewerkschaften, namentlich die Unia bzw. ihre Vorläuferinnen, dafür gesorgt, dass Mitwirkungsrechte festgeschrieben sind, die über das Gesetz hinausgehen.

Seit 1994 haben wir ein Mitwirkungsgesetz. Was hat es gebracht?
Grundsätzlich haben die Beschäftigten in allen grösseren privaten Unternehmen dank dem Gesetz die Möglichkeit, Arbeitnehmervertretungen zu verlangen. Vermutlich hat dies geholfen, dass im Dienstleistungssektor und in Betrieben des öffentlichen Dienstes, die in den 1990er Jahren privatisiert oder ausgelagert wurden, auch solche Vertretungen eingerichtet wurden.

Sind diese Vertretungen denn mehr als Ergänzungen zur Personalabteilung der Betriebe?
Gewiss kann man sie auch so sehen. Sie sind allerdings eine sinnvolle Ergänzung, etwa bei der Aufstellung von Schichtarbeitsplänen. Sie kommen auch ins Spiel, wenn eine Arbeitnehmerin mit ihrer Lohnrelevanten Leistungsbeurteilung nicht zufrieden ist. Oder wenn sie Probleme hat mit direkten Vorgesetzten. Dann kann sie zwar zur Personalabteilung gehen und versuchen, sich dort Gehör zu verschaffen. Häufig ist es aber besser, wenn sie sich dabei von der Arbeitnehmervertretung beraten lässt. Das ist deren tägliches Geschäft, in guten wie in schlechten Zeiten.

Und sicher notwendig. Aber um entscheidende Fragen des Unternehmens geht es da offenbar nicht.
Immerhin verhandeln die Vertretungen der Arbeitnehmenden über jährliche Lohnerhöhungen, so in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, also die MEM-Industrie, bei

den Banken, in der graphischen Industrie und teilweise in der Chemie. Das ist in den GAV geregelt. Und der GAV der MEM-Industrie räumt den Arbeitnehmervertretungen Mitspracherechte etwa bei betrieblichen Leistungslohnsystemen, beim Einstellungsmonitoring oder bei der beruflichen Weiterbildung ein. Gross-

In den Industrie-GAV sind Mitwirkungsrechte festgeschrieben...

zügig geregelt ist zudem auch der Weiterbildungsurlaub. Diese Rechte gehen auf die Kampagne für die Mitbestimmungsiniziative zurück, über die 1976 abgestimmt wurde...

...und die klar durchfiel.
Aber trotzdem wurde die Mitwirkung damals bei den GAV-Verhandlungen in der MEM-Industrie und in der Basler Chemie zum zentralen Thema. Und auch parlamentarisch blieb die Mitwirkung danach sporadisch auf der Tagesordnung.

Im GAV der Maschinenindustrie gibt es doch den sogenannten Krisenartikel. Dieser erlaubt es den Firmen in Krisen, die Mitarbeitenden ohne Lohn länger arbeiten zu lassen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Eine enorme Einschränkung der Mitwirkung.
Das ist nicht ganz richtig. Der Krisenartikel, der in den 1990er Jahren gegen gewerkschaftlichen Widerstand in den GAV aufgenommen wurde, hat die Bedeutung der Arbeitnehmervertretungen aufgewertet. Sie bekamen grössere Verantwortung und erhielten ein Druckmittel. Der Artikel besagt, dass vorübergehend von der 40-Stunden-Woche abgewichen werden kann. Darüber kann die Arbeitnehmervertretung entscheiden. Und sie kann Nein sagen. Die Arbeitgeber können dann längere Arbeitszeiten nicht einfach verordnen. Aber sie können natürlich mit Entlassungen drohen.

Und damit kommen sie normalerweise durch.
Schon. Aber die Arbeitnehmenden können erreichen, dass in einer solchen Krisenvereinbarung betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden.

Im Bau oder im Gastgewerbe gibt es praktisch keine betrieblichen Vertretungen der Beschäftigten. Bieten die Gesamtarbeitsverträge dort ausreichenden Ersatz?
Dort ist auf Branchenebene bereits sehr viel geregelt, besonders die Lohnfindung. Grundsätzlich ist ein guter GAV die Voraussetzung, um auch betriebliche Arbeitnehmervertretungen sinnvoll zu gestalten. Aus-

...die über das Gesetz hinausgehen.

nahmen sehe ich hier höchstens in der Versicherungsbranche, wo die Firmen auch ohne GAV Wert darauf legen, als gute Arbeitgeber zu gelten. Und wo es einige Arbeitnehmervertretungen gibt, die angehört und respektiert werden. Andererseits sind etwa Lohnverhandlungen auf betrieblicher Ebene nur sinnvoll, wenn eine Gewerkschaft im Hintergrund steht und, wenn man sich nicht einigt, eingeschaltet werden kann. Sonst wird es ein Lohndiktat der Firma.

Hat eine Arbeitnehmervertretung jemals Massenentlassungen verhindern oder gar den Fortbestand einer Firma erreichen können?
Ja, etwa bei Novartis in Nyon. Dort haben die Beschäftigten 2011 die Schliessung des Werks verhindert. Novartis baute das Werk danach sogar aus. Meistens aber laufen die Bemühungen der Arbeitnehmervertretungen in solchen Situationen lediglich darauf hinaus, dass es mit gewerkschaftlichem und öffentlichem Druck zu einem guten Sozialplan kommt. Und die Entlassungen so teuer wie möglich gemacht werden.

Hasan Hawar und Nevenka Miteva sind zwei von 16 Glückspilzen in der allerersten Gymi-Migrationsklasse der Schweiz

Die Vollgas-Klasse

Das Projekt ist einmalig in der Schweiz. 16 junge Frauen und Männer besuchen in Biel die Gymi-Klasse für Migrantinnen und Migranten. Ihre Motivation ist riesig.

SABINE REBER

An den Wänden hängen Blätter mit Verbentabellen, Klassenfotos und Schnappschüsse von einem Schulausflug nach Genf. Es sieht aus wie in einem ganz normalen Klassenzimmer. Alle Schülerinnen und Schüler der neuen Migrationsklasse sind da. Die jungen Frauen und Männer sind zwischen 16 und 25 Jahre alt. Manche von ihnen mussten aus ihrer Heimat flüchten, so wie Hasan Hawar. In Damaskus war er Informatikstudent. Doch dann musste er alles zurücklassen (siehe rechts).

Anderere Schülerinnen und Schüler sind mit ihren Eltern in die Schweiz gekommen, so wie Nevenka Miteva. In Mazedonien war die junge Frau dran, sich zur Zahntechnikerin ausbilden zu lassen. Doch dann fanden ihre Eltern Arbeit in der Schweiz (siehe rechts). Alle in der Klasse müssen jetzt erst einmal richtig gut Deutsch lernen. Dafür haben sie maximal ein Jahr Zeit. Entsprechend konzentriert sind sie bei der Sache.

FACEBOOK UND COSMOPOLITAN

Heute sind die Medien Thema im Unterricht. Je zwei interviewen einander und fassen dann zusammen, welche Medien das Gegenüber nutzt. Da unterscheiden sie sich nicht von Gleichaltrigen aus der Schweiz: Facebook und 20 Minuten. Einige der jungen Frauen lesen Modezeitschriften. Aber vor allem beziehen sie ihre Informationen aus dem Internet. «Sie liest Zeitungen nie», sagt eine kurdische Schülerin. – Lehrerin Esther Döpfer korrigiert: «Sie liest keine Zeitungen.» – «Sie sieht afghanische TV-Serien und Sportsendungen», sagt ihre Kollegin. – Die Lehrerin korrigiert: «Sie schaut...» – «Seine Lieblingszeitschrift ist Cosmopolitan.» – «Ihre...» korrigiert die Lehrerin. So lernen sie, Satz für Satz, wiederholen, jeden Tag. Und vor allem: sie reden, diskutieren, üben, üben, üben.

Diese Migrationsklasse ist die grosse Chance auf ein Studium in der Schweiz. Die Nachfrage nach Plätzen sei gross, sagt der grüne Berner Regierungsrat Bernhard Pulver. Bereits wird eine Warteliste geführt. Das Bieler Integrationsprojekt hat er initiiert. Es ist als dreijähriger Schulversuch angelegt und wird vom Kanton finanziert. Bernhard Pulver: «Mit diesem Angebot bieten wir hochmotivierten Menschen die Möglichkeit, sich auf eine Mittelschule vorzubereiten, und geben ihnen eine Chance auf eine erfolgreiche Zukunft.»

Bei den Prüfungskriterien werde man in Zukunft noch genauer hinschauen, so Pulver. Denn es sei nicht ganz einfach abzuklären, ob die Anforderungen der Schulen in den Herkunftsländern mit jenen der Schweizer Mittelschulen vergleichbar seien. Etliche Schüler der Pilotklasse tendieren deshalb nun zu einer Berufslehre. Sehr erfreulich sei, dass das Projekt überall positiv aufgenommen werde, ergänzt der Berner Erziehungsdirektor.

DER BESTE WEG

Sobald die Schülerinnen und Schüler der neuen Migrationsklasse im Deutsch das nötige Niveau erreicht haben, können sie einzelne Lektionen diverser Fächer am Gymnasium Biel-Seeland besuchen. Und wenn sie insgesamt so weit sind, wechseln sie ganz aufs Gymnasium. Oder sie machen Schnupperlehren und suchen sich dann eine Lehrstelle, oder sie studieren später an einer Fachhochschule weiter.

Nur logisch, dass die 16 Schülerinnen und Schüler auch das hiesige System mit Universität, Fachhochschulen und Berufslehre lernen müssen. Lehrerin Döpfer sagt: «Viele kennen unser duales Bildungssystem gar nicht, oder sie vertrauen nicht auf die Berufslehre, weil bei ihnen nur ein Hochschulabschluss etwas gilt. Wir klären mit allen individuell ab, was der beste Weg ist.» Für Hasan Hawar wird es ein Informatikstudium sein. Nevenka Miteva will eine Lehre machen.



FOTOS: STUB GRÜNS

Hasan Hawar (25): «Endlich kann ich in Frieden leben!»

An der Uni von Damaskus studiert er Informatik und spezialisiert sich auf Netzwerkprojekte. Und er nimmt an Protesten gegen das Assad-Regime teil. Hasan Hawar erzählt: «Das Militär hat auf uns geschossen, sie wollten uns alle umbringen.» Der Student flieht in die Türkei. Er lässt nicht nur Familie und Freunde in Syrien zurück, sondern auch die Aussicht auf eine Karriere. In der Türkei arbeitet er, um Geld für die Weiterreise zu verdienen. Eineinhalb Jahre lang. In einer Textiltreinigungs bügelt er 14 Stunden am Tag Hemden. Hasan: «Manchmal habe ich Lohn bekommen, manchmal nicht. Es war unmöglich, sich zu wehren.»

Im Sommer 2015 gelingt auch seiner älteren Schwester die Flucht aus Syrien. Zusammen besteigen sie im August 2015 ein Gummiboot und schaffen es nach Griechenland.

«Angst habe ich hier in der Schweiz vor gar nichts.»
Von dort aus nehmen sie die Balkanroute. Schliesslich kommen die beiden in die Schweiz. Hasan: «Oh, Zürich! Die Leute waren hier so nett zu uns! Zum ersten Mal seit unserer Flucht wurden wir wie Menschen behandelt.» Sie werden als Flüchtlinge anerkannt

und erhalten nach zwei Monaten den Ausweis B. Hasan sagt: «Ich bin unendlich dankbar, dass ich hier so rasch ein neues Leben anfangen konnte. Endlich kann ich in Frieden leben.»

WIE VERRÜCKT. Hasan Hawar hat ab September einen Studienplatz an der Fachhochschule für Informatik in Biel. Er sagt: «Bis dann muss ich Deutsch lernen wie verrückt.» Zwar sei die Programmiersprache Englisch, aber vieles hat er in Syrien auf arabisch gelernt. An drei Tagen pro Woche fährt er nach Biel, um die Migrationsklasse zu besuchen, die anderen Tage hat er Zusatzkurse in Bern. In der Nähe von Bern haben seine Schwester und er eine Wohnung gefunden. Sie studiert an der ETH Zürich Mathematik und pendelt.

Und neue Freunde hat Hasan auch. Im Sommer luden sie ihn zu einer Schlauchbootfahrt auf der Aare ein: «Das Boot war ähnlich wie das, mit dem ich nach Europa gekommen bin», sagt Hasan. Dann lacht er: «Aber die Situation war viel besser. Weniger Leute im Boot, man konnte immer das Ufer sehen. Das hat richtig Spass gemacht. Nein, Angst habe ich hier vor gar nichts!» (sr)



Nevenka Miteva (16): «Meine Zukunft ist in der Schweiz!»

Plötzlich muss Nevenka ihre Ausbildung als Zahntechnikerin in Mazedonien abbrechen. Ihre Eltern finden eine Arbeit in der Schweiz. Der Vater in einer Garage, die Mutter in einer Fabrik in

«Am besten gefällt mir, dass die Frauen hier allein ausgehen dürfen.»
Bern. Also zieht die 16jährige mit ihnen mit. Ins Berner Seeland, nach Büren an der Aare. Es gefalle ihr sehr in der Schweiz, sagt die aufgestellte junge Frau, «es ist ein gutes Land für Ausbildungen. Und die Gesellschaft ist viel offener als in Mazedonien.» Ausserdem gebe es keine Arbeit in Mazedonien, und niemand habe Geld. Nevenka:

«Hier in der Schweiz haben junge Menschen viel mehr Möglichkeiten. Ich habe solches Glück, dass ich hier bin.»

Und es macht ihr gar nichts aus, dass sie nun nochmals von vorne anfangen muss. Die Schweiz rechnet ihre abgebrochene Ausbildung in Mazedonien nicht an. Aber Nevenka ist zuversichtlich. Sie lernt eifrig Deutsch und Französisch. Und so ganz nebenbei hat sie bereits recht viel Schweizerdeutsch aufgeschnappt. Sie erzählt: «Ich habe viele Freundinnen gefunden und gehe gerne in den Ausgang. Das gefällt mir am besten in der Schweiz, dass die Frauen allein ausgehen dürfen!»

SCHWARZER GÜRTEL. Überhaupt sei sie einfach total happy hier. Nur an das kalte Winterwetter müsse sie sich noch etwas gewöhnen. Wenn sie nicht am Lernen oder im Ausgang ist, dann geht Nevenka ins Fitness. Sport sei ihr wichtig, sagt sie. Sobald sie neben der Ausbildung wieder etwas mehr Zeit finde, suche sie sich einen guten Karateklub. Nevenka hat in Mazedonien schon acht Jahre Karate trainiert und besitzt den schwarzen Gürtel. Doch die Schule geht jetzt vor: Sobald ihre Deutschkenntnisse es erlauben, möchte Nevenka eine Lehrstelle suchen.

Noch werweisst sie, ob sie im zahnmedizinischen Bereich weitermachen solle oder ob sie den Weg als Pflegefachfrau einschlagen wolle. Sie sagt: «Kranke Menschen pflegen, das würde ich gerne machen.» Nun schaut sie sich um für Schnupperlehren. Eines weiss sie aber jetzt schon: «Ich will in der Schweiz bleiben, meine Zukunft ist hier!» (sr)



Trinkwasser: Mehr Service public statt PET-Flaschen

Trinkbares Wasser ist ein knappes Gut. Und Grosskonzerne wie Nestlé machen es noch ein wenig knapper.

Ulrike Herrmann ist gelernte Bankkauffrau. Sie studierte an der Freien Universität Berlin Geschichte und Philosophie. Herrmann schreibt für die «taz» und publiziert Bücher. Zum 150-Jahre-Jubiläum des «Kapitals» von Karl Marx schrieb sie unter anderem:

«Marx war vom technischen Fortschritt fasziniert; selbst scheinbar kleinste Erfindungen begeisterten ihn: «Eine auf der Londoner Industrieausstellung von 1862 ausgestellte amerikanische Maschine zur Bereitung von Papiertüten schneidet das Papier, kleistert, faltet und vollendet 300 Stück per Minute.» Aber was trieb diese rastlose Dynamik im Kapitalismus an? Heute erscheint es uns selbstverständlich, dass Kapitalisten ständig investieren. Doch dieser permanente Verwertungsprozess war erklärungsbedürftig, und Marx erkannte als erster, dass die Technik dabei eine zentrale Rolle spielt. Sobald sie systematisch eingesetzt wird, entfaltet sie ihre eigene Logik.»

BABYMILCH. Peter Brabeck ist Österreicher. Er ist seit 1997 der starke Mann beim Multi Nestlé. Zuerst als CEO und seit 2005 auch als Verwaltungsratspräsident.

Einst polemisierte die Drittweltbewegung gegen die Babymilch des Konzerns, der seinen Hauptsitz in Vevey VD hat: Nestlé tötet Babys.



Der Multi Nestlé kauft weltweit – wo immer er es kann – Quellen auf. Und füllt das Quellwasser in PET-Flaschen ab.

Dies führt zu Widerstand. Wegen sinkender Grundwasserspiegel. Und weil die Menschen mit kleinen und kleinsten Einkommen statt in Wasserversorgungen in Mineralwasser und PET-Flaschen investieren müssen.

Brabeck hat versucht, dieser Kritik vorzubeugen, indem er immer wieder einen weltweiten Wassernotstand prophezeite.

Die Schweiz hat gutes Trinkwasser. Und die Abwasseranlagen sind nicht schlecht. Auch wenn die grösseren jetzt für viel Geld nachgerüstet werden müssen.

Die Fischer am Boden- und am Genfersee sind sauer, weil das Wasser zu wenig nährstoffreich ist. Und die Fische hungern. Und die Fischer folglich mit ihnen.

Heute bezahlt ein Schweizer Haushalt im Durchschnitt pro Kubikmeter für den Bezug und die Reinigung des Trinkwassers 3 bis 4 Franken.

MEERWASSER. Es hat auf der Welt global gesehen nicht zu wenig, sondern eher etwas zu viel Wasser. Das Problem: 97 Prozent dieses Wassers ist Salzwasser. Wir Menschen können es nicht trinken, uns damit nicht duschen. Gleich geht es den Rindern, Schweinen und Hühnern. Und selbst Tomaten brauchen Süsswasser, bevor sie auf unseren Pizzas und in unseren Saucen landen.

Israel produziert pro Jahr bereits mehr als 500 Millionen Kubikmeter Trinkwasser aus Meerwasser. Ist das viel? Es entspricht 27 Prozent des israelischen Trinkwasserverbrauchs. Es ist mehr Wasser, als die Schweiz in den beiden Stauseen Grande-Dixence und Mattmark zusammen speichern kann.

HAHNENBURGER. Die Produktion eines Kubikmeters kostet 50 Rappen. Das ist wenig für reiche Gesellschaften wie die Schweiz oder Israel. Und unbezahlbar viel für die Armenhäuser dieser Welt wie Bangladesh.

Was wir brauchen, sind weder mehr Papiertüten noch mehr Mineralwasser in PET-Flaschen, sondern frisches Trinkwasser für alle Menschen auf diesem Planeten. Und dies zu erschwinglichen Preisen für sie.

Dank einem Marshallplan und regional selbstverwalteten Wasserversorgungsgesellschaften in der Logik des Service public.

LINKS ZUM THEMA:

● goo.gl/HOylfe
Der ausgezeichnete Kompilator Wolfgang Lieb bespricht auf den Nachdenkseiten das neueste Buch von Ulrike Herrmann.

● goo.gl/JdReQ2
Nestlé klagte unter anderem SP-Mann Rudolf Strahm an. Dieser erinnert sich an den Prozess, seine Verurteilung und den auch dank den Erwägungen des Richters darauf folgenden Erfolg der Aktion.

● goo.gl/EIST9b
Jeder Gwunderfritz und jede Gwunderfrieda kann nachschauen, wie viel sie und er für Wasser und Abwasser in der eigenen Gemeinde bezahlt. Sofern diese mehr als 5000 Einwohner hat.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

NA DENN, PROST: Israel macht aus Meerwasser trinkbares und deckt damit 27 Prozent seines Trinkwasserverbrauchs. FOTO: ISTOCK

INSERAT



Best Western Hotel Bern – das Hauptstadthotel



Das Viersternehaus befindet sich im Zentrum von Bern, nur wenige Gehminuten vom Bahnhof entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zeitglockenturm, das Münster oder die Französische Kirche befinden sich in unmittelbarer Nähe. Das Hotel mit einer Jugendstilfassade besitzt 99 funktionell und modern ausgestattete Hotelzimmer. Das Restaurant Volkshaus 1914 mit Bar ist ein beliebter Treffpunkt beim Berner Publikum. Es bietet traditionelle Gerichte, neu definiert in stilvollem Ambiente. Eine grosszügige Seminaretage mit 800 m² bietet die ideale Gelegenheit für geschäftliche oder private Anlässe von 8 bis 260 Personen. Alle Tagungsräume sind mit Beamer oder einem TV-Screen ausgestattet. Eine fest installierte Simultananlage kann für mehrsprachige Anlässe oder internationale Konferenzen gemietet werden.

Live-Konzerte im Volkshaus 1914 – jeden ersten Mittwoch im Monat Beginn ab 19.00 Uhr, der Eintritt ist kostenlos.

Nächste Konzerte:

- 1. März 2017 «Suspenders»
- 5. April 2017 «Schnulze und Schnultze»
- Montag, 1. Mai 2017 «Magic Five»

VOLKSHAUS
1914
RESTAURANT | BAR

Alle UNIA-Mitglieder* erhalten bei einer Übernachtung 20% Rabatt auf den aktuellen Tagespreis, exkl. Frühstück CHF 20.– und City-Tax CHF 5.30 pro Person und Nacht. *Mitgliederausweis muss bei Ankunft vorgezeigt werden.

Best Western Hotel Bern | Zeughausgasse 9 | 3011 Bern
Telefon: +41 (0) 31 329 22 22 | E-Mail: reception@hotelbern.ch | www.hotel-bern.ch

Package «Time out in Bern»
CHF 299.– im Zweibettzimmer
exkl. City-Tax CHF 5.30 pro Person und Nacht
(nur am Wochenende buchbar)

Enthaltene Leistungen:

- ✓ 1 Übernachtung im Zweibettzimmer
- ✓ reichhaltiges Frühstücksbuffet am Morgen
- ✓ Welcome-Drink bei Anreise
- ✓ 3-Gang-Abendessen im Restaurant Volkshaus 1914 exkl. Getränken
- ✓ Bern-City-Ticket (freie Fahrt mit Bus und Tram in den Zonen 100/101 sowie Gurtenbahn und Marzilibahn)
- ✓ kostenloses Mineralwasser auf dem Hotelzimmer
- ✓ gratis WLAN



«Geschichte der Gegenwart» feiert den 1. Geburtstag:
Webplattform gegen rechts

Die Analysen auf der Website geschichtedergegenwart.ch muss man einfach lesen, denn sie sind ebenso pointiert wie fundiert.

RALPH HUG
In seinem neuesten, eben aufgeschalteten Beitrag nimmt Philipp Sarasin, Geschichtspräsident an der Uni Zürich, das «Gerede von der Revolution» in den Blick. Früher habe stets die Linke von Revolution gesprochen, heute sei es plötzlich die Rechte: «Aber sie hat kein zukunfts-fähiges Konzept.» Sarasin ist ein Spezialist für den französischen Philosophen Michel Foucault und nimmt kein Blatt vor den Mund. Er hält die Rechte für «ideenlos, reaktiv und destruktiv». Und begründet dies mit einem historischen Exkurs über ihre rückwärtsgewandte Politik.

TRUMP & BANNON
Die meisten Professorinnen und Professoren sind nicht dafür bekannt, sich pointiert politisch zu exponieren. Anders Sarasin und seine Kolleginnen und Kollegen (siehe Box). Sie suchen die Öffentlichkeit, wollen sich einmischen, Stellung beziehen und aufrütteln. «Angriffslustig, nicht neutral, machtkritisch», so ihr Selbstbild. Ist das nun die Rückkehr der politisch denkenden Intellektuellen? Sarasin bestätigt: «Wir wollen in der politischen Debatte nicht abseits stehen.»

Auf der Webplattform «Geschichte der Gegenwart» sind Analysen zu brandaktuellen (Gender-)Themen zu lesen. Etwa über den Women's March, den Frauenmarsch gegen Donald Trump in Washington; über Steve Ban-

«Wir wollen in der politischen Debatte nicht abseits stehen.»

PHILIPP SARASIN, GESCHICHTSPROFESSOR
non, Trumps düsteren Einflüsterer; über Parallelen in der Mobilisierung von Rechtspopulismus und Nationalsozialismus oder zur Geschichte der Einbürgerung in der Schweiz. Dies alles ohne Fussnoten und Fachjargon. Zwar ist keiner dieser Artikel in nur fünf Minuten konsumierbar. Dafür



AUX ARMES, CITOYENS! Marianne, die französische Nationalfigur, auf dem Bild von Eugène Delacroix zur Julirevolution von 1830 gegen den reaktionären Bourbonenkönig Karl X., der geschlagen abdankte und sechs Jahre später im Exil an Cholera starb.

sind sie aber auch nicht nach fünf Minuten schon wieder vergessen. Gefragt sind Neugier, Wissensdurst und etwas Anstrengung. Der Lohn sind neue Einsichten, überraschende Aspekte und eine Erweiterung des eigenen Horizonts.

DEBATTE AUF FACEBOOK
Wer schreibt, erhält kein Honorar. Die Website kommt ohne Paywall und Inse-
rate aus. Die Betreiberinnen und Betreiber wollen sich auch nicht von der Anzahl «Likes» oder von Werbeeinnahmen abhängig machen. Auch akademische Schleichwerbung mit Hinweisen auf Publikationen gibt es nicht. Historiker Sarasin: «Wir machen unsere Arbeit aus Überzeugung.» Unterstützt werden sie von der Basler Stiftung für Medienvielfalt. Mittlerweile hat sich die Platt-

form einen grösseren Leserinnen- und Leserkreis gesichert. Über eine halbe Million Interessierte haben schon Beiträge auf der Website gelesen. Und es sollen noch mehr werden. Auf Facebook gibt es anerkennende Kommentare, aber auch Kritik an den Thesen. Darauf antworten die Autorinnen und Autoren jeweils gerne, was die Debatte befördert.

Und was empfiehlt Philipp Sarasin einer linken Politik, die einen alten Revolutionsbegriff mitschleppt? Er schreibt: «Sicher scheint mir zu sein, dass die Linke die Zukunft nur denken kann, wenn sie die technische und mediale Revolution, die uns alle mitreisst, wieder mit ihrem Bild der Zukunft zu verbinden weiss.» Kein schlechter Rat, schliesslich leben wir im Zeitalter der digitalen Revolution.

**ENGAGIERTE INTELLEKTUELLE
GEGEN DEN
MAINSTREAM**

Die Idee zur «Geschichte der Gegenwart» kam von Svenja Goltermann, Geschichtspräsidentin in Zürich. Zusammen mit Philipp Sarasin und ihren Kolleginnen und Kollegen Sylvia Sasse, Gesine Krüger und Sandro Zanetti startete sie im Februar 2016 die Plattform. Inzwischen sind gegen 130 Beiträge von 60 Autorinnen und Autoren erschienen. Unter ihnen die Basler Genderforscherin und Initiantin des «Aufschreis», Franziska Schutzbach. Sie alle wollen gegen den Meinungs-Mainstream in den kommerziellen Medien intervenieren. Und auch gegen Rechtsideologen wie jene der «Weltwoche». Das SVP-Blatt hatte vor drei Jahren eine Dreckkampagne gegen Sarasin und Goltermann geführt. Und wurde dafür wegen übler Nachrede verurteilt. (rh)

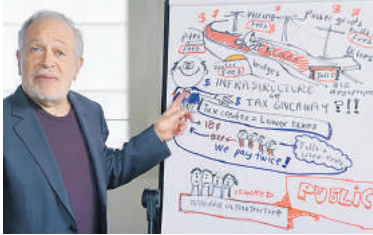
Konzernatlas 2017
**Fusionswelle
der Giganten**

Die globale Agrar- und Nahrungsmittelindustrie macht durch Fusionen von Milliardenkonzernen von sich reden. Da schluckt ChemChina Syngenta, Bayer frisst Monsanto. Wer hat noch den Überblick? Der «Konzernatlas 2017» hilft. Er wird von der deutschen Heinrich-Böll- sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen herausgegeben. Das gut verständliche Werk bringt Licht in eine extrem globalisierte Branche, die von Multis dominiert wird und in der Menschenrechte oft nicht viel zählen. Schweizer Kapital mischt an vorderster Stelle mit: Die Nummer eins der Food-Multis ist immer noch Nestlé.

Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittel-industrie. 52 Seiten, mit vielen Grafiken. Gratis-Download unter www.rosalux.de unter «Publikationen».

Video deckt auf:
**Trumps
fauler Deal**

US-Präsident Trump will für Milliarden Dollar Strassen, Brücken und Kanäle sanieren. Und alle spenden Applaus. Doch für die Bevölkerung ist das ein schlechter Deal. Denn zur Hauptsache sollen Privatfirmen diesen Job überneh-



men. Und die kassieren dabei gleich zweimal ab: zuerst mit Staatsaufträgen und dann mit Gebühren für die sanierten Werke. Der Wirtschaftspräsident Robert B. Reich, Ex-Arbeitsminister unter Bill Clinton und kritischer Kommentator, erklärt in einem Kurzvideo (auf englisch), wie der geplante Raubzug auf die öffentlichen Einrichtungen abläuft.

Trump's Infrastructure Scam (Trumps Infrastruktur-Betrug), Zwei-Minuten-Video auf Youtube: goo.gl/qXtdfX.

Galerie der Weltfinanz
**Die Herren
der Welt**

Wer Kapital hat, hat auch Macht. Doch wer kennt schon Larry Fink, Stephen Schwarzmann oder Yngve Slyngstad? Sie sind die Chefs grosser Vermögensverwalter, Spekulanten- und Staatsfonds. Täglich bewegen sie Billionengelder auf den Finanzmärkten. Für Autor Hans-Jürgen Jakobs sind sie die neuen Herren der Welt. Der Wirtschaftsjournalist porträtiert die weitgehend unbekannten Geldfürsten in seinem 700-Seiten-Wälzer «Wem gehört die Welt?». Er tut das minutiös und mit einer enormen Faktenfülle. Seine Galerie der mächtigsten Akteure der Weltfinanz führt vor Augen, was Kapitalismus im 21. Jahrhundert bedeutet.

Hans-Jürgen Jakobs: **Wem gehört die Welt? Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus.** Knaus-Verlag München, 2016, Fr. 48.–.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



LANGE VORBEI: GEWINNE SIND NICHT MEHR DIE JOBS VON MORGEN

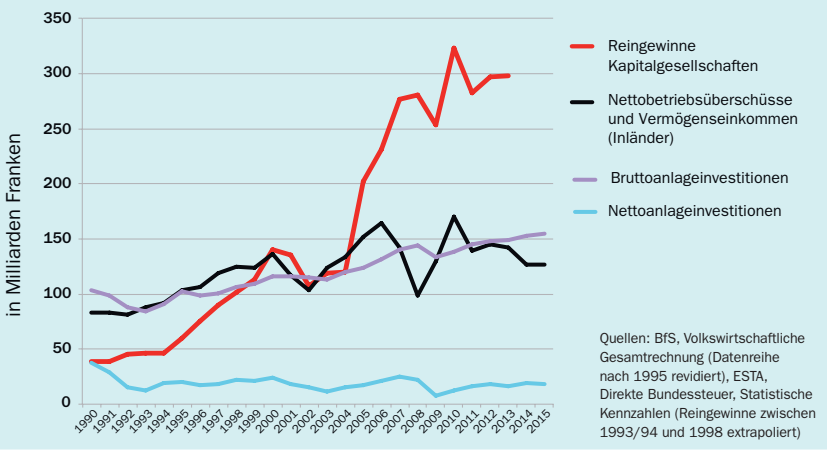
Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt prägte den Satz: «Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.» Zu Schmidts Regierungszeit haben die Firmen offenbar noch einen Grossteil ihrer Gewinne investiert. Heute ist dies nicht mehr der Fall. So sind laut der Entwicklungsorganisation Unctad in den grossen Wirtschaftsmächten USA, Grossbritannien, Japan, Deutschland und Frankreich seit 1990 die Unternehmensgewinne von 15 Prozent auf 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen, die Ausrüstungsinvestitionen aber von 20 auf knapp 16 Prozent des BIP gefallen.

ES KLEMMT. Für die Schweiz gilt Ähnliches: Die Gewinne aller inländischen Betriebe und Selbständigerwerbenden sind in den letzten 25 Jahren von rund 80 Milliarden Franken auf etwa 150 Milliarden gestiegen und erst in jüngster Zeit wegen der Frankenkrise

wieder etwas zurückgegangen. Die in der Steuerstatistik ausgewiesenen Reingewinne der Kapitalgesellschaften, einschliesslich ausländischer Gewinne, Beteiligungen usw., sind in dieser Zeit sogar auf rund 300 Milliarden gestiegen. Die Bruttoanlageinvestitionen (das sind die Investitionen einschliesslich Abschreibungen) haben etwa im Gleichschritt mit den inländischen Gewinnen zugenommen. Dieses Geld wurden aber vor allem für Unterhalt und Ersatzinvestitionen ausgegeben, nicht neu investiert. Die Nettoanlageinvestitionen sind im gleichen Zeitraum deutlich von knapp 29 Milliarden auf 18 Milliarden Franken zurückgegangen. Bei den Nettoanlageinvestitionen sind die Abschreibungen abgezogen. Sie sind also die eigentlichen Neuinvestitionen im Sinne der Erweiterung von Anlagen und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

UMVERTEILEN! Die Nettoinvestitionen gehen zurück, weil die Profite ver-

Schweiz: Gewinne steigen, echte Investitionen stagnieren



mehrt an Aktionäre ausgeschüttet werden, die dann ihre Dividenden auf den Finanzmärkten anlegen, anstatt sie in den Betrieben zu investieren. Zudem werden die Gewinne häufig für Fusionen und Firmenkäufe verwendet, wodurch eher Jobs vernichtet als geschaffen werden. Da nützt es auch

nichts, wenn der Staat die Steuern senkt. Wo nicht genügend Nachfrage da ist, investieren Firmen nicht. Hier hilft nur eine Umverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen, damit die Wirtschaft ins Gleichgewicht kommt.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

IV-Kinderrente: Bekomme ich zusätzlich auch Familienzulagen?

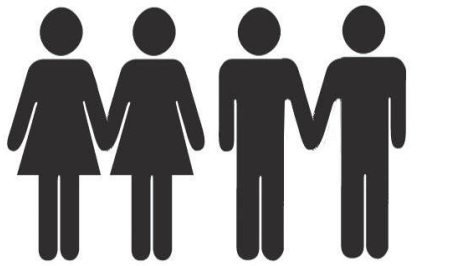
Ich bin IV-Rentner und alleinerziehend. Mein Sohn ist 14 Jahre alt. Von der Invalidenversicherung erhalte ich eine halbe Rente sowie eine Kinderrente. Glücklicherweise habe ich nun endlich eine Teilzeitstelle gefunden. Bisher habe ich keine Familienzulagen erhalten, weil ich Ergänzungsleistungen bekomme. Diese werden aber wegen der neuen Stelle wegfallen. Habe ich also neu Anspruch auf Familienzulagen, und das, obwohl ich weiterhin eine IV-Kinderrente erhalte?

MYRIAM MUFF: Ja. Als Teilzeitarbeitender haben Sie zusätzlich zur IV-Kinderrente Anspruch auf Familienzulagen, sofern Ihr AHV-pflichtiger Lohn mindestens 587Franken im Monat beziehungsweise 7050 Franken im Jahr beträgt. Da Ihr Sohn 14 Jahre alt ist, erhalten Sie für ihn konkret eine sogenannte Kinderzulage. Diese beläuft sich auf mindestens 200 Franken pro Monat, wobei es Kantone gibt, die mehr zahlen. Ihren Antrag auf Kinderzulagen können Sie Ihrem neuen Arbeitgeber melden, es gibt dafür einen entsprechenden Fragebogen. Die Firma wird Ihre Anmeldung dann an die Familienausgleichskasse weiterleiten.

Witwenrente: Was gilt bei eingetragener Partnerschaft?

Ich erhalte eine Witwenrente. Als mein Ehemann damals nach acht Ehejahren starb, war ich 46 Jahre alt. Kürzlich hat eine gute Freundin von mir ihre eingetragene Partnerin bei einem tödlichen Unfall verloren. Meine Freundin ist gleich alt wie ich. Sie und ihre verstorbene Partnerin liessen ihre Partnerschaft vor acht Jahren eintragen. Kinder haben wir beide nicht. Nun ist sie am Abklären, ob sie eine Witwenrente erhalten werde. Aber offenbar ist das bei ihr nicht der Fall. Das verstehe ich nicht: Meine Freundin ist in einer ähnlichen Situation, wie ich es zum Zeitpunkt des Todes meines Mannes war. Deshalb sollte sie doch auch eine Witwenrente erhalten. Oder nicht?

MYRIAM MUFF: Leider nein. Eine eingetragene Partnerschaft ist im Sozialversicherungsrecht zwar einer Ehe gleichgestellt, solange sie andauert. Stirbt aber eine Partnerin oder ein Partner, so ist die überlebende Person einem Witwer gleichgestellt. Und zwar egal, ob es sich dabei um eine Frau oder einen Mann handelt. Das hat Folgen, denn in einer heterosexuellen Ehe werden Mann und Frau



WAHLVERWANDTSCHAFTEN: Bei eingetragenen Partnerschaften gelten auch Frauen als Witwer – das hat finanzielle Folgen.

betreffend Witwen- resp. Witwerrente nicht gleich behandelt. Kinderlose Witwen erhalten eine Witwenrente, sofern sie beim Tod ihres Mannes mindestens 45 Jahre alt und mindestens 5 Jahre verheiratet waren. Männer in derselben Konstellation bekommen keine Witwerrente: Eine solche erhalten sie nur, wenn sie im Zeitpunkt des Todes ihrer Ehefrau mindestens ein Kind unter 18 Jahren haben.

Falschmeldungen im Netz: Der Faktencheck für den Eigengebrauch

Die Zwei-Quellen-Regel und

Wahrheit und Lüge im Internet zu unterscheiden ist nicht immer einfach. Kritisch hinterfragen hilft. Und diese work-Tipps.

SINA BÜHLER

«Fake News», «Lügenpresse», «alternative Fakten»: Diese und ähnliche Begriffe haben seit dem US-Wahlkampf Konjunktur. Doch das Phänomen ist nicht neu. Und nicht auf die USA beschränkt. Politikerinnen und Politiker haben immer behauptet und gelogen. Eine neue Dimension ist aber, dass Fake News – absichtlich verbreitete Falschmeldungen – systematisch als Wahlkampfinstrument eingesetzt werden. Neu ist auch, dass die Lügen nicht nur auf Websites dubioser Verschwörungstheoretiker auftauchen, sondern sich auf sozialen Medien wie Facebook derart unkontrolliert weiterverbreiten, dass sie irgendwann sogar in seriösen Zeitungen landen. Wem sollen wir also glauben, wenn Lügen nicht mehr Lügen genannt werden, sondern «Alternativen»? Dieser Entwicklung sind Sie nicht hilflos ausgeliefert. Es gibt einige Dinge, die Sie selber tun können.

SEIEN SIE KRITISCH

Ende Januar wurden im kanadischen Québec sechs Menschen in einer Moschee erschossen. Der rechte Fernsehsender Fox News vermeldete zuerst, der Täter sei Marokkaner. Eine Lüge, denn der Attentäter war ein rechtsextremer Kanadier. Ein islamistischer Täter aber passte besser in das Weltbild vieler Fox-Zuschauer, also wurde die Nachricht sofort und ungeprüft gesendet. Kritischere Journalistinnen und Journalisten deckten die Falschmeldung wenig

Faustregel: Je schneller die Erklärungen, desto unsicherer die Fakten.

später auf. Der Tipp: Warten Sie ab. Je schneller eine Erklärung, eine Lösung, ein Täter präsentiert werden, desto unsicherer ist die Faktenlage. Recherchen brauchen Zeit. Fragen Sie sich: Wer schreibt?



WORKTIPP

EIN ABO FÜR WAHRE NEWS

Vertrauenswürdige Medien veröffentlichen keine «Fake News». Wenn Sie Ihren Freunden und Bekannten die Prüfarbeit ersparen wollen – verschenken Sie ein work-Abo. Für nur 36 Franken erhalten Sie alle 14 Tage «Real News»: abo@workzeitung.ch. Für Unia-Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen.

Ist ein Text Propaganda, Meinung oder echter Journalismus? Auf www.fakenewswatch.com oder www.fakenewschecker.com finden Sie eine ständig aktualisierte Liste von bekannten Lügenwebsites, denen Sie nicht glauben sollten.

Auch auf Twitter und Facebook sollten Sie sich die Autorin-

DICHTUNG UND WAHRHEIT: Auch in der digitalen Welt lässt sich lügen wie gedruckt.

nen und Autoren genauer anschauen. Was steht im Personenbeschrieb? Wie lauten die letzten Meldungen? Wer hat das Konto abonniert?

DEN ROBOTER PROVOZIEREN

Nicht immer stecken echte Menschen hinter einem Konto in den sozialen Medien. Auf Twitter und Facebook tauchen immer häufiger sogenannte Social Bots auf. Das sind Roboter, die wie Menschen schreiben, kommentieren und liken. Sie werden von Firmen eingesetzt, wenn diese ihre Präsenz in den sozialen Medien verstärken wollen.

Inzwischen nutzen sie aber auch Organisationen, die auf dem

Internet politische Botschaften verbreiten. Die einfachste Art herauszufinden, ob hinter einem Twitter- oder Facebook-Profil ein echter Mensch stecke, ist eine Konversation. Schreiben Sie eine einfache Frage. Ergibt die Antwort Sinn? Ist die Grammatik plausibel? Wenn nicht, ist Ihr Gegenüber wahrscheinlich ein Roboter.

MELDEN SIE LÜGEN

Via den Social-Media-Giganten Facebook werden unzählige Falschmeldungen verbreitet. Das Unternehmen will nun konkret dagegen vorgehen. Einerseits erhalten Sie als Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, Fake News mit einem Klick zu kennzeichnen.

Familiennachzug in die Schweiz: Für das Grosi und

Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz leben, dürfen ihre Familie zu sich holen. Die Regeln unterscheiden sich je nach Herkunftsland.

SINA BÜHLER

In Artikel 14 der Bundesverfassung steht: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Und die Bundesverfassung gilt für alle Menschen, die in der Schweiz leben. Konkret: Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz leben, haben einen Anspruch darauf, ihre Familie zu sich zu holen. Welche Regeln für Sie gelten, hängt von Ihrem Herkunftsland ab.

EU/EFTA. Stammen Sie aus einem Staat der EU oder der EFTA und haben eine Aufenthalts-

bewilligung in der Schweiz? Dann dürfen Sie folgende Familienmitglieder in die Schweiz holen:

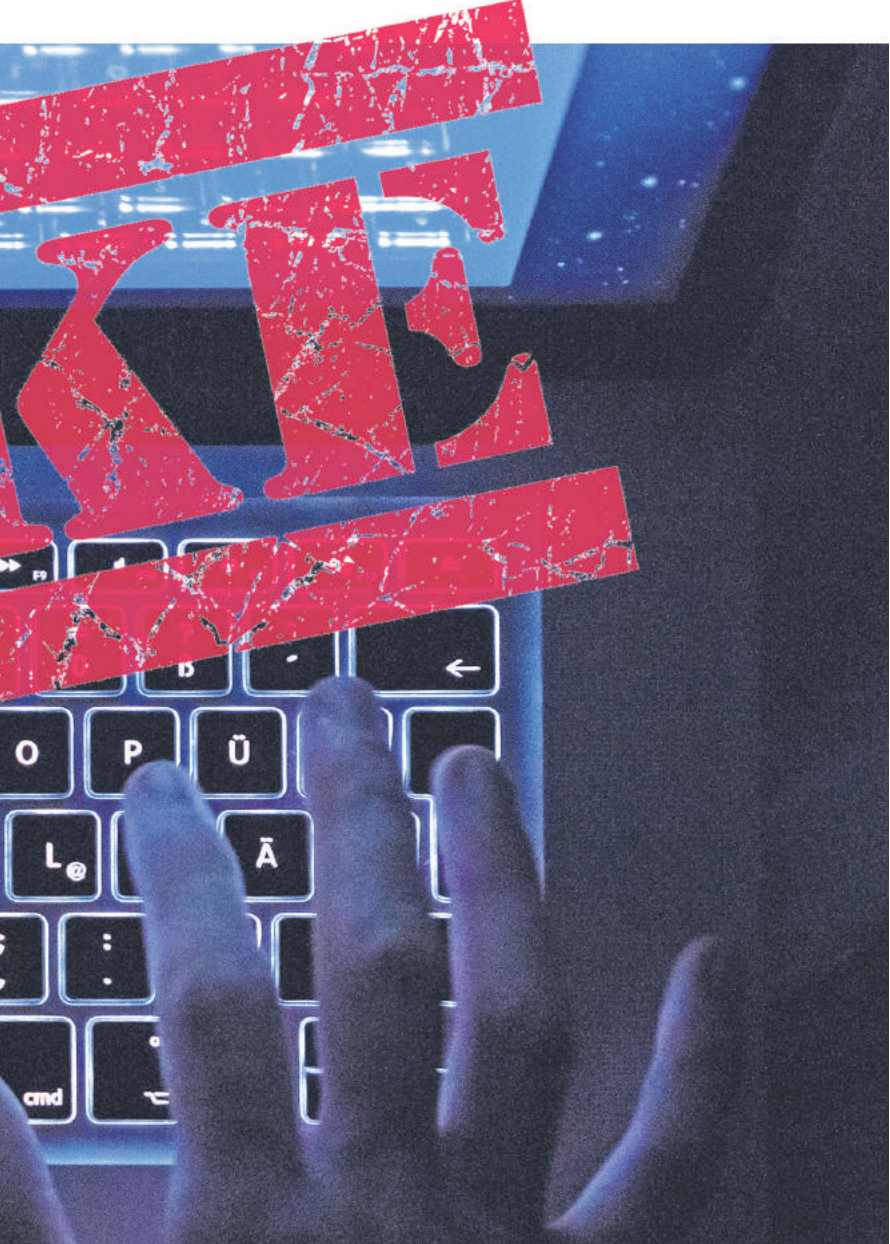
- Ehefrau, Ehemann oder Partnerin und Partner in eingetragener Partnerschaft;
- Ihre Kinder und Enkel bis zum 21. Lebensjahr;
- Ihre älteren Kinder und Eltern, falls diese finanziell von Ihnen abhängig sind;
- Ihre Eltern und Grosseltern, sofern Sie oder Ihre Familienmitglieder für ihren Unterhalt aufkommen können.

Dazu gibt es aber einige Einschränkungen: Wenn Sie selber noch in einer Ausbildung sind, dann dürfen Sie nur Ihre Ehepartnerin oder Ihren Ehepartner und Ihre unterhaltspflichtigen Kinder «nachziehen» lassen. Wenn Sie selb-



LEHR- UND WANDERJAHRE: Das Recht auf Familiennachzug ergibt sich aus der Bundesverfassung. Doch die Gesetze sind streng. FOTO: KEYSTONE

Lügenwebsites



FOTOS: ISTOCK, DPA/KEYSTONE; MONTAGE: WORK

Bisher konnten Sie nur markieren, ob Sie eine Nachricht für uninteressant, für unpassend oder für Spam halten. Ausserdem kooperiert Facebook inzwischen mit journalistischen Faktenchecks. Im deutschsprachigen Raum übernimmt dies neu das unabhängige und gemeinnützige Recherchezentrum **correctiv.org**.

INFORMATION KOSTET

Seriöse Journalistinnen und Journalisten halten sich – vor allem bei anonymen Hinweisen – an die Zwei-Quellen-Regel. Das bedeutet: Erst wenn eine zweite, von der ersten unabhängige Quelle dieselbe Geschichte erzählt, wird die Nachricht veröffentlicht. Unterstützen

und nutzen Sie deshalb seriöse Medien, die ihren Journalistinnen

Ist Ihr Gegenüber ein Mensch – oder ein Roboter?

und Journalisten die Zeit und Instrumente geben, um Fakten zu überprüfen.

Und übrigens: Falsche Nachrichten müssen nicht zwingend böswillig gemeint sein. Wenn die zugespitzten Satirenachrichten von Websites wie **www.der-postillon.com** (deutsch) oder **www.theonion.com** (englisch) als absolute Wahrheit weiterverbreitet werden, kann das ziemlich lustig sein.

AUCH BILDER KÖNNEN LÜGEN

FOTOCHECK

Nicht nur Nachrichten, auch Fotos können verfälscht, manipuliert oder einfach aus dem Kontext gerissen sein. Auf sozialen Medien fehlen Bildredaktoren und -redaktoren, die eine Auswahl treffen oder allfällige Veränderungen erkennen. Eine simple Prüfung können Sie aber auch selbst vornehmen, mit der «umgekehrten Bildersuche» bei Google: Laden Sie unter **images.google.com** ein Bild herauf. Ist es bereits früher erschienen? Finden Sie ähnliche Fotos, die sich durch wichtige Details unterscheiden? Damit lassen sich Bildmanipulationen gut erkennen. Hinterfragen Sie die Geographie. Schauen Sie sich eine Landkarte an, suchen Sie nach allgemeinen Infos. Zeigt ein Foto, das angeblich in Bolivien gemacht wurde, einen Strand am Meer, stimmt mit dem Bild etwas nicht.

WETTERBEDINGT. Sempel ist auch der Meteo-Tipp: Um zu überprüfen, ob ein Bild tatsächlich an einem bestimmten Datum und einer angeblichen Uhrzeit gemacht wurde, vergleichen Sie das Wetter auf dem Bild mit den Wetterverhältnissen. **www.wolframalpha.com** sammelt weltweit Daten dazu. Um gezielt zu suchen, geben Sie im Suchfeld das Stichwort «weather», einen Ort, ein Datum, eine Uhrzeit ein. Achten Sie darauf, dass Sie beim Datum die US-Schreibweise anwenden müssen: das heisst 2/1/15 steht für den 1. Februar 2015, 5/7/09 für den 7. Mai 2009. Ob ein Bild verändert wurde, finden Sie über **www.izitru.com** heraus. Der Name stammt von «Is it true?», «Ist es wahr?» Laden Sie das Foto auf die Website, die mit verschiedenen Algorithmen digitale Manipulationen erkennt. (sib)

saldo **tipp** im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Das Smartphone als Musikexpertin

Am Radio läuft ein Lied, doch niemand in der Runde kennt den Titel. Die richtige App auf dem Smartphone kann hier helfen. Via Mikrophon hört die App die Musik, gleicht sie mit einer Datenbank im Internet ab und liefert Angaben zu Künstler und Titel. «Saldo» hat sieben verbreitete Gratis-Musik-Apps getestet: Shazam, Soundhound, Genius, Musixmatch,



Die App Soundhound erkennt auch gepfiffene oder gesummte Melodien.

Music DNA, Creation und Music ID. Wie gut erkennen sie Lieder verschiedener Genres? Wie gut einen live gespielten Song und gesummte oder gepfiffene Melodien?

RESULTAT. Die App Soundhound erkannte

15 von 16 Songs. Nur bei der Liveversion von Michael Jacksons «Smooth Criminal» wusste sie nicht weiter. Soundhound ist die einzige App, die auch gesummte und gepfiffene Melodien erkannte. Shazam, Genius und Musixmatch punkteten jeweils 11 Mal. Music ID erkannte 9 Musikstücke, Creation 8, Schlusslicht Music DNA gerade mal 6 Stücke. Soundhound, Genius und Musixmatch erkannten alle Jazzstücke. Bei der Klassik war nur Soundhound top.

WERBUNG. Musixmatch zeigt dafür synchron zum Song den Text an – manchmal samt deutscher Übersetzung. Auch Genius liefert den Text. Allerdings ist die Bedienung der App nicht benutzerfreundlich. Bei Creation ärgerten die ständigen Werbeeinblendungen. MARC MAIR-NOACK

Ja, aber...

die Enkel wird's streng

ständig oder nicht erwerbstätig sind, müssen Sie beweisen, dass Sie den Familienunterhalt finanziell sicherstellen können. Und: Ihre Wohnung muss gross genug für die ganze Familie sein. Im Normalfall gehen die Behörden von der folgenden Formel aus: Anzahl Familienmitglieder minus 1 = Anzahl der Zimmer.

DRITTSTAATEN. Stammen Sie aus einem sogenannten Drittstaat ausserhalb von EU oder EFTA, hängt der Familiennachzug von Ihrer Bewilligung ab.

● Mit einer Niederlassungsbewilligung dürfen Sie Ihre Ehefrau, Ihren Ehemann oder Ihre eingetragene Partnerin, Ihren eingetragenen Partner zu sich holen sowie Ihre unter 18-jährigen Kinder. Diese Familienmit-

glieder müssen in der Schweiz zwingend mit Ihnen zusammenwohnen, ansonsten genehmigen die Behörden den Nachzug nicht.

● Wenn Sie eine Aufenthaltsbewilligung oder eine Kurzauf-

Wer die Frist verpasst, ist auf Goodwill der Behörden angewiesen.

enthaltensbewilligung haben, können Sie Ehepartner und Kinder in die Schweiz holen. Allerdings nur, wenn Sie nicht von der Sozialhilfe leben.

FRISTEN. Wichtig ist, dass Sie den Nachzug rechtzeitig verlangen, denn es gelten strenge Fristen: Einen Familiennachzug müssen Sie innerhalb von fünf

Jahren geltend machen, falls Ihre Kinder jünger als 12 Jahre alt sind. Bei Kindern über 12 Jahren müssen Sie sogar eine Frist von 12 Monaten einhalten. Diese Frist läuft ab dem Moment, in dem Sie die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung erhalten. Wenn Sie Ihre Familie nach Ihrer Einreise gründen, beginnt die Frist bei Ihrer Heirat, dem Eintragen der Partnerschaft beziehungsweise der Geburt Ihrer Kinder. Ein späterer Nachzug wird nur in Ausnahmefällen bewilligt, zum Beispiel, wenn die Grosseltern, die sich bisher in Ihrer Heimat um die Kinder kümmerten, dies nicht mehr tun können.

Alle Infos finden Sie im Detail auf der Seite der Bundeskanzlei: **www.ch.ch/de/familiennachzug**.

UNIA-MITGLIEDER

BERATUNG

Holen Sie sich Hilfe, bevor Sie Schwierigkeiten haben: Als Unia-Mitglied haben Sie Anrecht auf juristische Beratung bei Problemen mit dem Aufenthaltsrecht. Und allenfalls auf eine Vertretung bei Schwierigkeiten mit den Behörden. Für allgemeine Informationen ist das Bundesamt für Migration (**www.bfm.admin.ch**) zuständig beziehungsweise die Einwohnerkontrolle Ihrer Gemeinde.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät In Attestlehre wechseln?

Im Sommer habe ich meine Lehre als Gärtnerin begonnen. Leider sind meine Noten nicht so gut, und ich komme im Unterricht nicht mit. Meine Berufsbildnerin hat vorgeschlagen, dass ich einfach in die zweijährige Lehre wechseln solle. Geht das?



Lena Frank, Jugendsekretärin.

« Grundsätzlich ist das innerhalb eines Betriebs möglich. Wenn Du von der Lehre mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) zu einer zweijährigen Lehre mit Berufsattest (EBA) wechseln möchtest, musst Du das aber vom Berufsbildungsamt genehmigen lassen. Dieses ist nämlich für alle Lehrvertragsänderungen zuständig. Den Antrag stellt Deine Berufsbildnerin. Für

den Entscheid kann das Amt den Rat Deiner Lehrerinnen und Lehrer in der Berufsschule einholen. Aber Vorsicht: Nur weil Du schlechte Noten hast, musst Du nicht automatisch Deine Ausbildungsart wechseln. Falls Du damit nicht einverstanden bist, hast Du das Recht auf ein Gespräch mit der Beraterin beim Amt für Berufsbildung. Wenn Du (und Deine Eltern, falls Du minderjährig bist) Dich dann immer noch nicht mit Deiner Chefin einigen kannst, bleibt Dein Lehrvertrag, wie er ist. Entscheidest Du Dich aber für einen Wechsel, denk daran: Nach dem zweijährigen Abschluss mit dem Berufsattest kannst Du später wieder in die EFZ-Lehre einsteigen. Und zwar direkt in das zweite Lehrjahr.»

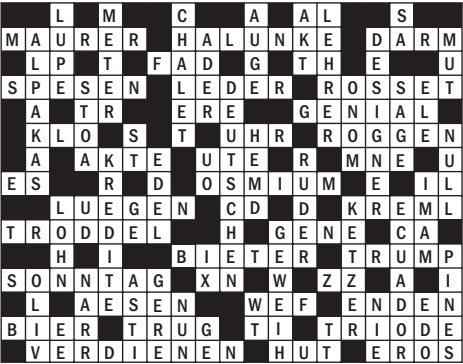
Hast auch Du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp. Wir testen für Sie. Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 2 Das Lösungswort lautet: STEUERREFORM



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Ruth Krähenbühl, Winterthur. Herzlichen Glückwunsch!

work: dicke Wolle und sie für den Pussyhat	Artist im Zirkus	Erleuchtung, aber nicht religiös	Evergreen	Inselstaat in Asien	Geräusch	Getreide, das Mexikaner mögen	Handlung	auch Baltisches Meer genannt	Branche im Unia-Sektor Gewerbe	kurz für Dienstag	Stadt, durch die der Tiber fliesst
11				Kamelart aus den süd-am. Anden				massloses Verlangen	12		
Top-Level-Domain von Kenia		Insel des Archipels Hawaii	US-Geheimdienst	schmeckt gut, die mit den zwei Enden		oberstes Organ eines Staates	Doppelkonsonant	fliederblau	Spielklasse	Alt-Bundesrat	
							4	Disziplin i. Skisport			
er lebt gerne allein	Umlaut		Hauptbahnhof, Abk.	port.: bis		schlangenhähnliche Fische	dürre Zweige	9			dritt-grösste Insel Italiens
work über den Durchbruch dort		skandalöser Vorgang	neun, wie Briten sagen	man kann damit z.B. kochen			Schwermut				
kurz f. Cent	Kürzel, das auf jedem Buch steht			weibl. Vorname		Baum mit gutem Brennholz	Papageienvogel			Anordnung	
	unabhängig	Autokennzeichen v. Oftringen	abgekürzte Regionalbahn	seine Abrechnung in work (Vorname)	7			Sprudelgetränk, typisch Schweiz	Schusswaffe	10	
Richtlinie	work-Korrespondent i. Marseille			chem. Zeichen f. Rhenium		geordnete Sammlung (z.B. Dokumente)	6	Pussy auf polnisch (siehe work)			
1				diese Hebriden sind Inselgruppe	Autokennzeichen v. Le Locle	Werkzeug z. Löcher-machen			in Abwesenheit, kurz		Eiland (i = y)
das Heim i. Bern muss nachzahlen (work)	undichte Stelle	Jasskarte, die meistens sticht	innerer Schwung	bras. Musiker (Perkussionist)				diese Power (in work)			
					gekocht	Ausruf des Erstaunens	zwei als röm. Zahl		bras. Samba-stadt	.a.am. = berühmte it. Wurst	
Kürzel für Kilokalorie	gallertartiger Brotaufstrich (rückwärts)		8		dort, für Tessiner	work/SGB über dortige Änderungen	Begleitmannschaft		3		
		den After betreffend				Gruss v. Amerikanern	Gürtellinie				
sie arbeitet im Gast-gewerbe		2				(auf dem Weg) über	5	franz. f. Auge			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 24. Februar 2017

INSERAT

Rückерstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2016 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt. Ist dies nicht der Fall, kann der Beleg auf dem Personalbüro bezogen werden.

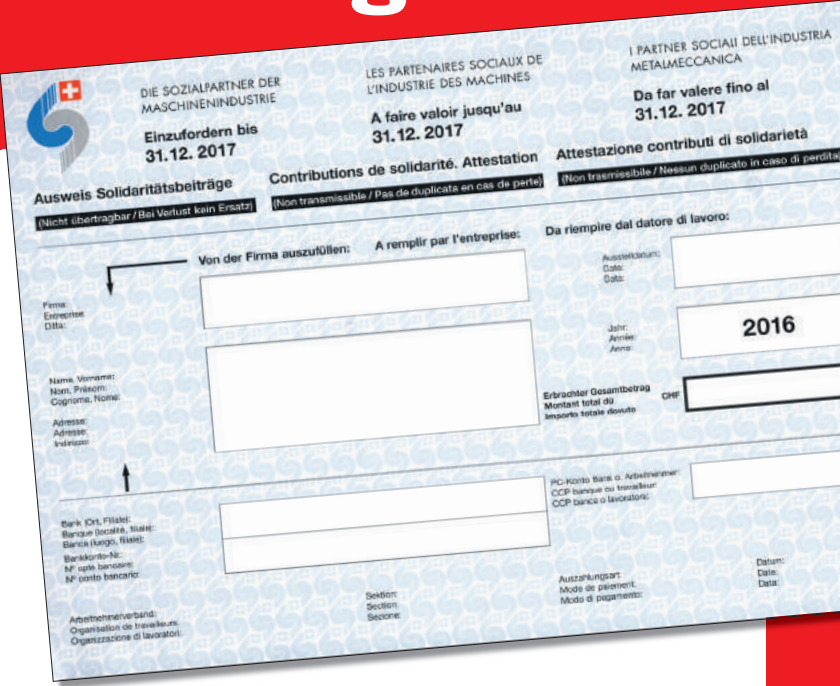
Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» das bestätigt, dass für das Jahr 2016 der Solidaritätsbeitrag von Fr. 60.– vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied sind und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rück-erstattung von

Fr. 200.–

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rück-erstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2017 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen in dieser Angelegenheit bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, sich umgehend beim zuständigen Sekretariat ihrer Unia-Region/Sektion oder beim Unia-Zentralsekretariat in Bern zu melden.



UNIA



WORKLESERFOTO

Wau, Schnee!
WANN 28. Januar 2017
WO Rieden SG
WAS Hund Shiva freut sich über die Schneemassen.
Eingesandt von Silvia Schmucki, Rieden SG

Gewinnen Sie 100 Franken!
Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 3.2.2017

71 Jahre aktiv und nicht müde: Ist Hubacher ein Ausnahme-politiker?

BENEIDENSWERTE SAFTWURZEL
Hoppla, da gibt einer aber Gas! Das Interview mit Helmut Hubacher ist zwar lang, aber ich habe jede Zeile gelesen. Hubacher schöpft aus über 70 Jahren Politik-erfahrung und erzählt trotzdem nicht einfach «Geschichten von früher». Seine Analyse der Unternehmenssteuer-reform III ist genauso aktuell wie seine Einschätzungen zu nationalen und internationalen Politikerinnen und Politikern. Das ist beneidenswert. Ich bin erst in zwei Jahren so alt, wie Helmut Hubacher heute schon politisiert. Und ich wäre in 21 Jahren sehr zufrieden mit der Hälfte der Hubacherschen Vifheit.

MARGRIT ANDERMATTEN, LIESTAL

SCHLICHT EINE IKONE
Helmut Hubacher ist DER schweizerische Ausnahmepolitiker. Für die Linke ist er schlicht eine Ikone! Ich durfte ihn neu-lich an einer Parteiveranstaltung erleben. Unglaublich, diese (geistige) Präsenz und Vitalität: Manch Jüngerer könnte sich davon eine Scheibe abschneiden. Und das alles ohne Computer und Internet, wie er selber sagt, schlicht phänomenal. Hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau, heisst es. Das gilt sicher auch für Helmut und seine Frau Gret. Den beiden wünsche ich von Herzen alles Gute für den gemeinsamen Lebensabend.

ROLF GLÜCKLER, LENZBURG AG

WORKPOST



WORK 2 / 3.2.2017: 8.-MÄRZ-PUSSYHAT
Versöhnt mit dem Lismen

Ich gebe es gerne zu: Als ich mitbekam, dass auch bei diesem Frauenaufstand wieder gestrickt wird, habe ich innerlich die Augen verdreht. Fällt uns Frauen denn eigentlich nichts Neues ein, fragte ich mich. Dank work kenne ich jetzt aber die aufmüpfige und auch aufständische Symbolik vom «Protest-Lismen». Es geht zurück bis zur Französischen Revolution. Merci für diese Aufklärung! Diese Geschichte hat mich mit den pinkigen «Pussyhats» versöhnt. Und dank der sehr guten Bild-für-Bild-Anleitung von Sabine Reber habe ich gleich selber losgelegt und mir einen Pussyhat gestrickt. Meine Mütze kommt bei der nächsten Demo garantiert zum Einsatz – auch wenn’s dann schon frühlingshaft warm sein sollte!

ELENA SCHÄRER, WETZIKON ZH

Pussypower, aber weltweit!

Ich bin unglaublich froh, dass endlich etwas geht in Sachen Frauenbewegung. Ein US-Präsident, der schon im Wahlkampf damit prahlt, wie er Frauen zwischen die Beine fasst, ist ein Skandal. Dass die Entrüstung darüber bisher eher auf einem privaten Level stattfand, war wohl nicht allzu überraschend. Umso mehr beeindruckten mich jetzt die Bilder aus den USA. Die pinkigen Kappen finde ich zwar ehrlich gesagt mässig attraktiv. Aber der Wiedererkennungswert ist hoch, das muss man ihnen zugestehen. Hoffen wir, dass auch in der Schweiz eine ähnliche Bewegung entsteht. Zwar machen unsere Politiker nicht mit sexueller Belästigung von sich reden, mit Gleichstellung haben sie allerdings trotzdem wenig und noch viel weniger am Hut. Pussypower weltweit!

BETTINA ARNOLD, SCHÖNBÜHL BE

Komplimente

Guter Hubacher. U e schöni Chappe!
BEAT STERCHI, BERN

WORK 2 / 3.2.2017: 100 000 FÜR NACHTWACHEN
Mist in, Mist out!

Eine unglaubliche Geschichte! Da zahlt das Blindenheim Bern seinen Nachtwachen jahre-lang 8,33 Prozent zu wenig Lohn aus. Die Nachfragen der von diesem «Lohnklau» betroffenen Frauen werden ignoriert. Erst als sich die Unia einschaltet, geht es. Jetzt muss das Blindenheim 100 000 Franken nachzahlen. Das ist viel Geld. Dass die 15 Betroffenen 7 Jahre darauf warten mussten, ist eine Frechheit! Gut, haben sich die Nachtwachen an die Unia gewandt. Und gut, informiert work hartnäckig über die MACHENSCHAFTEN der Chefs. Jenen vom Blindenheim Bern, die sich mit einem «Programmierfehler im Lohnsystem» rausreden, erinnere ich gerne an

die alte Programmiererinnen-Weisheit: «Mist in, Mist out!»
SOPHIE BONO, BIEL

WORK 2 / 3.2.2017: SCHON 1,25 MILLIONEN GRIECHEN SIND OHNE JOB
Die ganz grosse Depression

Was die EU am Beispiel Griechenlands durch-exerziert, ist beispiellos. Soziale Sicherheit, Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz, Gewerkschaftsrechte: Alles soll dem Spardiktat der EU-Geldgeber zum Opfer fallen. Dass man damit nicht einfach ein abstraktes Staatsgebilde, sondern ganz konkrete Menschen an den Abgrund und darüber hinaus treibt, scheint der Troika egal. Dabei geht es nicht nur um Politik, sondern um Familien, um Kinder. Und um Rentnerinnen und Rentner, die wie wir auch ein ganzes Leben gearbeitet und sich einen ruhigen Lebensabend verdient haben. Das Frustrierendste daran ist: Mehr als feststellen und beklagen lässt sich offenbar nicht machen.

BEAT FISCHER, BADEN AG

WORK 2 / 3.2.2017: MIT DEM ERSTEN KIND KOMMT DIE UNGLEICHHEIT
Paare in der Pflicht

Was Professor René Levy und seine Kollegen feststellen, kann nicht sonderlich überraschen. Die jungen Paare sind deshalb in der Pflicht: Einerseits die Frauen, die auf ihrem Standpunkt beharren sollen, auch wenn das Schlafmanko nach der Geburt das nicht einfacher macht. Und andererseits die Männer, die den Mut und die Überzeugung aufbringen müssen, beim Chef Teilzeitarbeit zu verlangen. Auch wenn es dafür im Betrieb keine Präzedenzfälle gibt. Pionier kann man nur dort sein, wo noch niemand zuvor war. Keiner behauptet, dass das einfach sei. Weder das eine noch das andere. Notwendig ist es trotzdem. Sonst ändert sich nie etwas.

NADINE ENGEL, BASEL

SELTEN SO GELACHT
Ueli Maurer ein Leichtmatrose, Hans-Rudolf Merz eine Fehlbesetzung, Eva Herzog eine Technokratin: Ich habe mich bei der Lektüre des Interviews mit SP-Urgestein Helmut Hubacher grossartig amüsiert. Bitte mehr davon.

THOMAS JAUN, PER MAIL

#?!
workwort

Rüsten

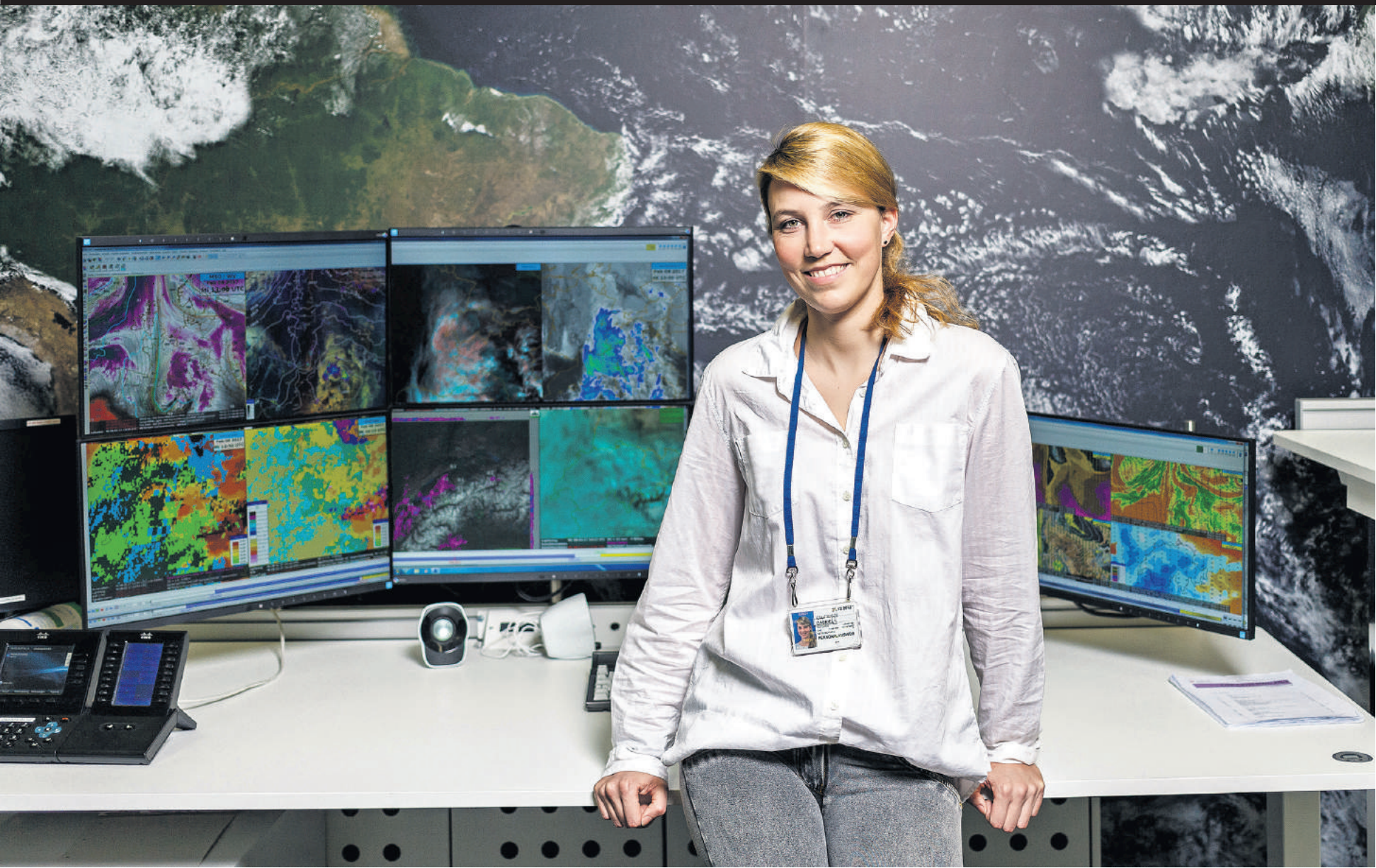
Und nun zum Dreisatz: Um die Schleifmaschine für ein neues Material zu rüsten, sind zwei Arbeiter eine halbe Stunde beschäftigt. Frage: Wie lange ist ein Arbeiter beschäftigt, um die Schleifmaschine für eine neues Material zu rüsten? – auch eine halbe Stunde. Denn die beiden mussten ja die Aufgabe genau studieren.

Und eine zweite Frage: Lohnt es sich, gerüsteten Salat im Plasticbeutel zu kaufen? Nein, denn das Verpacken verbraucht zu viel Rüstzeit. Und wo die ständige Aufrüstung hinführt, wissen wir aus dem Kalten Krieg.

Gottlob bin ich also noch rüstig und kann den Salat selber abrüsten. Nicht ohne mir ein paar Gedanken zur Abschlussprüfung zu machen. Habe ich überhaupt das Rüstzeug dazu? Thema der Prüfung: «Der Einfluss des Dreckwassers auf die Waschzeit von gerüstetem Salat für den Verkauf im Plasticbeutel».

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an **redaktion@workzeitung.ch**, Betreff «workwort».



GABRIELA KAUFMANN
HAUPTSACHE NATURE

Gabriela Kaufmann (*1985) entdeckte schon im Gymnasium ihr Faible für Natur und Wetter. Nach einem Zwischenjahr begann sie mit dem Geographiestudium an der Universität Zürich. Im Nebenfach studierte sie Physik, Atmosphäre und Klima an der ETH.

SPORTLICH. Seit 2013 arbeitet Kaufmann beim Bundesamt für Meteorologie als Prognostikerin. Sie arbeitet 90 Prozent, 50 Prozent davon im Schichtdienst, 40 Prozent betreut sie die interne Aus- und Weiterbildung. Dafür verdient sie pro Monat netto rund 7000 Franken, je nachdem, wie viele Wochenend- und Nachtschichten sie macht. Kaufmann wohnt mit ihrem Freund zusammen in Zürich und ist in ihrer Freizeit häufig sportlich unterwegs: Skifahren, Langlauf, Schwimmen, Rennen, Velofahren, Wandern. Hauptsache in der Natur!

Meteorologin Kaufmann hat ein Gespür für Schnee: «Manchmal ärgere ich mich über schönes Wetter»

Für Wettervorhersagen braucht's neben moderner Technik viel Erfahrung. Und manchmal ein bisschen Bauchgefühl.

CHRISTINA SCHEIDEGGER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Es ist kalt draussen, grau, nieselig. Februarwetter. Da drängt sich die Frage beim Besuch von Meteo Schweiz am Flughafen Zürich richtiggehend auf: Wann kommt er endlich, der Frühling? Meteorologin Gabriela Kaufmann (31) lächelt etwas gequält und erklärt: «Das ist sehr schwierig zu sagen. Eine Wetterprognose ist durchschnittlich über etwa drei Tage gesehen verlässlich. Alles, was weiter in die Zukunft geht, ist unsicher.»

Solche Fragen und Sprüche kennt die 31-jährige nur zu gut: «Das Wetter verfolgt mich ein bisschen.» Letztes Jahr war sie zweimal Trauzeugin. Da hat es im Vorfeld geheissen, sie solle dann bitte für gutes Wetter sorgen. Kaufmann zuckt mit den Schultern: «Wetter machen kann ich bisher zum Glück nicht.»

WETTERSCHMÖCKERIN. Aber vorhersagen kann sie es, mit Hilfe von verschiedenen Quellen. Sie interpretiert und analysiert Beobachtungs-, Satelliten- und Radardaten. Und benutzt Wettermodelle. Ein solches Modell ist aus einem dreidimensionalen Gitter aufgebaut. Für jeden Punkt in diesem Gitter berechnet das Modell, aufgrund von Ausgangswerten für Wind, Feuchtigkeit oder Druck zum Beispiel, den zukünftigen Zustand der Atmosphäre.

Tönt kompliziert, ist es auch. Für Laien werde es verständlich, wenn man von Hoch- und Tiefdruckgebieten rede, sagt

Kaufmann. Aber das sei ein sehr vereinfachtes Bild: «Das Wetter ist chaotisch», erklärt sie. Und: «Auch wir verstehen immer noch nicht bis ins kleinste Detail, was in der Atmosphäre genau passiert.»

Für ihren Job braucht Gabriela Kaufmann deshalb ein gutes Verständnis für physikalische Prozesse, Mathematik und den Computer: «Es ist ein richtiger Datenschlingel.» Und die grösste Schwierigkeit ist, sich darin zurechtzufinden. Mit der Zeit aber entwickle man ein «Gespür» für die verschiedenen Modelle und das Wetter. Worauf das gründet, kann sie nicht richtig definieren. Wetterschmöckerin halt.

HEKTISCHE ZEITEN. Dass Kaufmann sich auf ihr Gefühl verlassen kann, ist entscheidend. Denn Meteo Schweiz (das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie) macht nicht nur allgemeine Wetterberichte, sondern auch spezifische Vorhersagen für die Fliegerei: regelmässig aufdatierte Prognosen für die Pilotinnen in den Cockpits von Linienflugzeugen; Wetterkarten für private Piloten, die in ihren kleinen Maschinen deutlich weniger Instrumente zur Verfügung haben; persönliche Wetterberatungen zum Beispiel für Ballonfahrer, die wissen möchten, ob sie überhaupt starten können – und wieder landen.

Die Vorhersagen von Meteo Schweiz haben auch Auswirkungen auf die Kapazitäten des Flughafens Zürich. Nicht alle Anflugrouten sind bei jedem Wetter möglich. Und wenn weniger Flugzeuge landen können, als eigentlich müssten, kann es richtig hektisch werden. Das ist eine der grössten Schwierigkeiten im Job: «Wenn das Wetter schön ist, dann ist es relativ ruhig.



ERNSTE SACHE: Auf Gabriela Kaufmanns Prognosen müssen sich auch die Pilotinnen und Piloten von Linienjets verlassen können.

Aber genau dann, wenn wir viel Zeit benötigen würden, um alles zu analysieren, wollen alle eine Auskunft.»

Dasselbe gilt bei extremem Wetter: Sturm, Gewitter, massiver Regen. Meteo Schweiz hat vom Bund den Auftrag, die Bevölkerung vor solchen Gefahren zu warnen. Auch deshalb arbeiten Kaufmann, ihre Kolleginnen und Kollegen im 24-Stunden-Dienst, aufgeteilt in vier Schichten.

WETTER FÜR ALLE. Der Stress wird nicht weniger, die Arbeit immer mehr. Das liegt auch an den Sparmassnahmen, die das Parlament dem Bundespersonal verordnet hat. In der Gewerkschaft ist die Meteorologin zwar nicht. «Aber wehren müssen wir uns schon», sagt sie, «zum Beispiel, damit wir während der strengen Schichten auch mal Pause machen können.»

Andererseits spüren sie auch bei Meteo Schweiz den Druck der Automatisierung. Kaufmann sagt: «Ich weiss nicht, ob wir in zehn Jahren noch einen Wetterbericht schreiben.» Der Beruf werde sich stark verändern, der Computer immer mehr Aufgaben übernehmen. Doch um ihre Zukunft macht sie sich keine Sorgen: «Es wird noch sehr lange dauern, bis Maschinen uns überall ersetzen können.»

Darüber ist sie froh, denn Schichtdienst und Hektik zum Trotz, sie liebt ihren Job. Ganz besonders die Tatsache, dass sie etwas macht, was für alle einen grossen Nutzen hat: «Jeder schaut am Morgen nach, wie das Wetter wird.» Jeden Tag bekommt sie ein direktes Feedback, ob sie ihren Job gut gemacht hat. Und manchmal ärgert sie sich über schönes Wetter: «Dann, wenn ich etwas anderes vorhergesagt habe.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **Fax** 031 350 24 55. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Hans Baumann, Sina Bühler, Michael Stötz, Clemens Studer. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Tom Hänsel. **Korrektur** Urs Remund. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.